

FreiRaum

Aus dem Inhalt:

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / April 2007
6. Jahrgang

„Weltuntergangs-Uhr“ zeigt fünf vor zwölf

Zum Jahresanfang forderte der frühere US-Außenminister Henry Kissinger eine Welt ohne Atomwaffen, denn die Welt stehe am Abgrund eines neuen und gefährlichen nuklearen Zeitalters. Ist diese Einschätzung nicht zu pessimistisch? Leider nein, Atomphysiker stellten die „Doomsday Clock“ um zwei Minuten vor auf fünf vor zwölf.

„Doomsday“ bedeutet soviel wie „Tag des Jüngsten Gerichts“ oder Weltuntergang. Mit einer symbolischen Uhr drückt eine Experten-Gruppe des *Bulletin of Atomic Scientists* – unter ihnen 18 Nobelpreisträger – ihre Einschätzung zur Lage der Welt aus. Seit 60 Jahren zeigen sie mit dieser Uhr auf, wie nahe wir einer katastrophalen Zerstörung durch Atomwaffen sind.

Zum ersten Mal wurde die Uhr 1947 gestellt, also zwei Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki: sie zeigte **sieben Minuten vor zwölf**.

Seitdem bewegte sich der Zeiger zwischen **17 und zwei Minuten vor zwölf**.

Am bedrohlichsten war die Lage bisher in den Jahren 1953-1960. Die Supermächte USA und Sowjetunion hatten erfolgreich Wasserstoffbomben getestet: **zwei Minuten vor zwölf**.

Entspannung brachten von Zeit zu Zeit Verträge wie der INF-Vertrag im Jahr 1988. Dieser beendete das Wettrüsten der Supermächte. Die u.a. in Mutlangen stationierten Pershing II-Raketen wurden verschrottet: **Sechs vor zwölf**.

Nach dem Ende des Kalten Krieges begannen die Vereinigten Staaten und Russland, ihre Waffenarsenale zu reduzieren, der Uhrzeiger erreichte 1991 die Marke **17 Minuten vor zwölf**.

Doch seitdem verringerte sich dieser „Sicherheitsabstand“ wieder. Indien und Pakistan führten Atomwaffentests durch und die USA sprechen heute angesichts der Terrorismus-Debatten von neuen Atomwaffen ...

Deshalb haben die Wissenschaftler erneut ihre Besorgnis um die Zukunft ausgedrückt und die Uhr auf fünf vor zwölf vorgerückt. Demnach ist das Risiko eines Atomkriegs so hoch wie seit über zwanzig Jahren nicht mehr.

Die Gründe sind vielfältig. Die Vereinigten Staaten und Russland sind immer noch in der Lage, innerhalb von Minuten einen nuklearen Angriff zu starten. Die Atomkräfte bringen

ihre Arsenale auf den neuesten Stand der Technik. Nordkorea hat Atomwaffen getestet und der Iran wird verdächtig, Pläne zum Bau von Atomwaffen zu verfolgen. Neben diesen Kriterien wurde erstmals auch der Klimawandel als ernstzunehmende Bedrohung der Welt in die Berechnungen mit einbezogen.

Auch in Deutschland lagern immer noch etwa 150 taktische Nuklearwaffen, und das neue Weißbuch der Bundeswehr hält fest, dass Deutschland einen Beitrag zur „glaubhaften Abschreckungsfähigkeit des (NATO-)Bündnisses“ leisten müsse, wozu dieses „neben konventioneller auch weiterhin nuklearer Mittel“ bedürfe.

Die Gefahren, die von Atomwaffen ausgehen, müssen auch bei uns wieder mehr diskutiert werden.

„5 vor 12“ bedeutet, dass es höchste Zeit ist.

Die Umstellung der Uhr ist sicherlich nicht übertrieben pessimistisch. Der Autor eines ZEIT-Artikels stellte sogar jüngst die Frage: „Fünf vor zwölf? Die „Doomsday Clock“, sie könnte ein wenig nachgehen“! **Luzia Gündner ●**

Schwerpunkt

Die halbe Welt ist atomwaffenfrei
Was nützt es? S. 2-5

Aktion

Auf nach Heiligendamm!
Besiedlung des Bombodroms. S. 6-7

Jugend

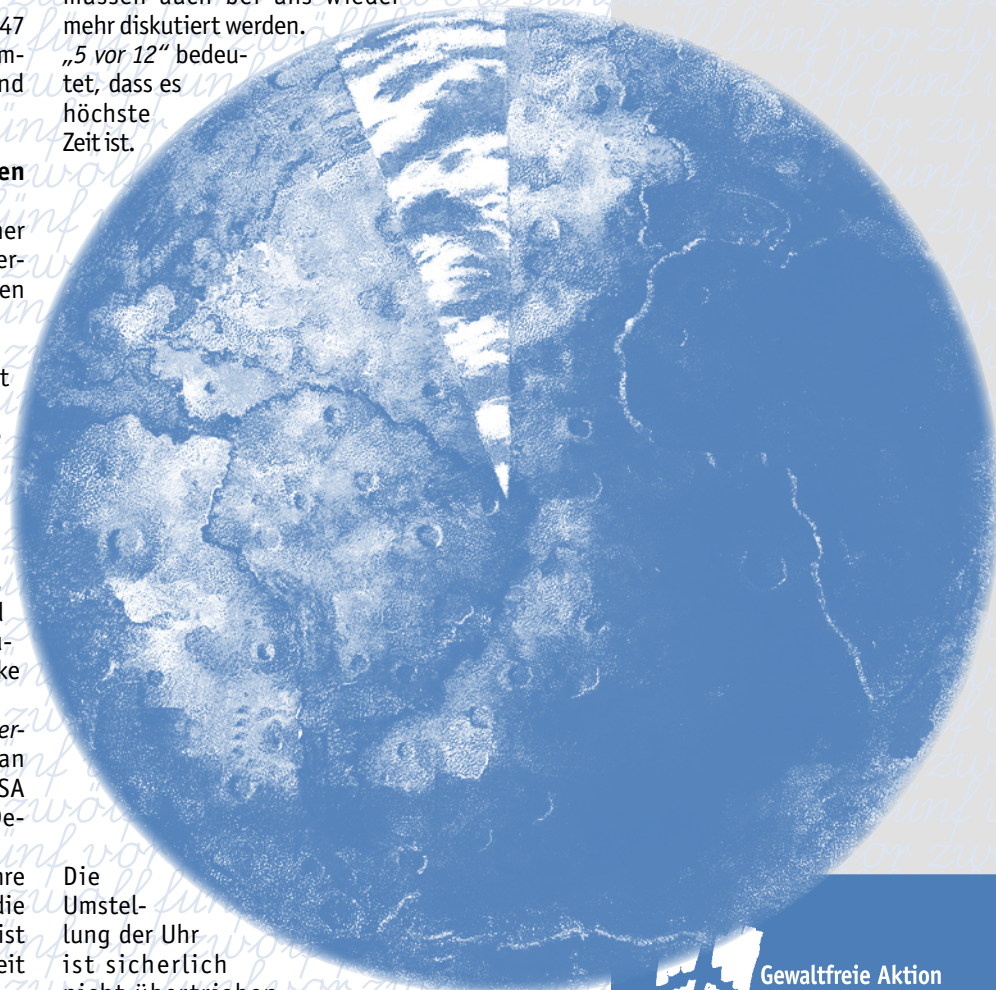
Quer durchs EUCOM.
Verurteilt wegen Hausfriedensbruch
Auf nach Faslane! S. 8-9

Unsere Zukunft atomwaffenfrei
Die Bundesregierung muss noch lernen vor der eigenen Tür zu kehren. S. 10 + 13

Macht den Himmel nicht zur Hölle
Aufregung um Chinas Antisatellitentest und die US-Pläne für Abwehr raketen in Osteuropa S. 11-12

Personalien

Simon Harak kommt wieder.
Neue Mitarbeiterinnen in der Pressehütte. S. 14-15



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte

Liebe FriedensfreundInnen,

„Es war ein großes farbiges Event, bei Sonnenschein. Schätzungsweise kamen 4.000 Demonstranten“. Diese Zeilen schrieb uns Gisela Kuhn aus Neu-Anspach von der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar in München. „Verurteilt wurde vor allen Dingen, das die Veranstalter ihrer Tagung einen friedenspolitischen Anstrich geben wollen. Denn das Kriegswaffenproduzenten, U-Boot-Panzerbauer oder Siemens (Kommunikationstechnik) nicht unbedingt in einer Peace-Flower Welt ihre Gewinne machen können, ist sicher klar“ schreibt Gisela Kuhn weiter. Zu verurteilen ist aber auch, dass das farbige Event von massiven Repressalien begleitet wurden. Bereits im Vorfeld gab es Beschlagnahmungen und Hausdurchsuchungen.

Bei der Anreise wurde ein Bus aus Reutlingen/Tübingen gestoppt und mehrere Aktivisten ohne ersichtlichen Grund verletzt, darunter ein Mitarbeiter des Europaabgeordneten Tobias Pflüger. Diese sog. Sicherheitskonferenz, die aufsehenerregende Rede des russischen Staatspräsidenten Putin und die Reaktion darauf haben indes deutlich gemacht, wie sehr sich die beiden Großmächte voneinander entfernt haben und wie wichtig es ist, Abrüstung und Rüstungskontrolle insbesondere im Bereich der Atomwaffen wieder ganz nach oben auf die Agenda zu setzen. Um diese Themen in die Öffentlichkeit hineinzutragen, gilt unser aller Blick dem nächsten Großereignis in Deutschland, dem G-8 Gipfel Anfang Juni in Heiligendamm. Eine breite Palette an Protesten in und um Rostock wird derzeit von verschiedenen Bündnissen vorbereitet. Eine Neu-besiedlung des Bombodroms in der Ruppiner Heide bei Wittstock macht den Anfang. Es wäre schön, wenn wir viele von Euch in diesen Tagen sehen würden. In Vorbereitung ist eine Druckkampagne für ein atomwaffenfreies Deutschland bis 2010. Der Start der Kampagne ist für August 2007 geplant. Sowohl über die Proteste zum G-8 Gipfel als auch den Fortgang dieser Kampagne informiert dieser FreiRaum. Lassen wir uns ermutigen von den vielen Jugendlichen, die unser atomares Erbe nicht hinnehmen. Das Abschlussplädoyer von Johannes Mader beim Prozess in Stuttgart steht dafür.

Die FreiRaum-Redaktion

Marion Küpker (mk)

Julia Kramer (jk)

Wolfgang-Schlupp-Hauck (wsh)

Roland Blach (rob)

Wo über den Atomwaffenverzicht vertraglich verhandelt wurde Geschichte der atomwaffenfreien Zonen

Atomwaffenfreie Zonen entstehen durch völkerrechtlich verbindliche Verträge zwischen Staaten, die damit oft den Glauben an eine schrittweise Erweiterung verbinden hin zu einer atomwaffenfreien Welt. Im Gegenzug erhalten sie von den Atommächten die Option zur zivilen Nutzung von Atomenergie: das Recht auf Know-how für den friedlichen Einsatz von Atomenergie. Atomwaffenfreie Zonen sind gesetzlich daran gebunden, alle nuklearen Anlagen und nuklearen Materialien der Internationalen Atomaufsichtsorganisation (IAEO) offen zu legen und von dieser überwachen zu lassen.

Erstmalig tauchte der Begriff „atomwaffenfreie Zone“ in den 1950er Jahren auf, zu Beginn des Kalten Krieges, als das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West begann und auch in der Bundesrepublik Deutschland über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr nachgedacht wurde.

Die Friedensbewegung forderte eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Nachdem jedoch Briten, US-Amerikaner und Franzosen Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert hatten, schien dieser Kampf verloren. Der Begriff lebte in der BRD Anfang der 1980er Jahre wieder auf, als die Friedensbewegung sich gegen die so genannte Nachrüstung im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses wandte. Schulen, Kommunen u.ä. beispielsweise erklärten sich zu atomwaffenfreien Zonen, um damit ihre Ablehnung gegen Atomwaffen kund zu tun. Da diese jedoch keine juristische Kompetenz hinsichtlich der Verteidigung haben, galt diese Stellungnahme als unwirksam. Auch das Gebiet der ehemaligen DDR wurde im Zwei-Plus-Vier-Vertrag zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Völkerrechtlich bindende Verträge über atomwaffenfreie Zonen entstanden auch in anderen Teilen der Welt. Bei den Verträgen über das Verbot von Atomwaffen im Weltraum, in der Antarktis, im und auf dem Meeresboden und auf dem Mond handelt es sich um unbewohnte Regionen, die in diesem Artikel nicht weiter behandelt werden. Sechs Verträge über atomwaffenfreie Zonen in bewohnten Regionen wurden von 113 Ländern unterzeichnet. Drei davon, aus 56 Ländern der südlichen Hemisphäre und einer, aus 2 Ländern der Koreanischen Halbinsel bestehend, sind heute rechtskräftig. Sie binden durch Zusatzprotokolle z.T. auch die Atommächte in einen völkerrechtlichen Verpflichtungsrahmen ein.

Karibik und Lateinamerika - Vertrag von Tlatelolco

Der Vertrag von Tlatelolco verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz, sowie die Herstellung von Atomwaffen in der Karibik und Lateinamerika. Er wurde 1967 in Tlatelolco, einem Stadtteil von Mexiko-Stadt, unterzeichnet und trat 1969 in Kraft. Er war der erste Vertrag, der einen bewohnten Landstrich zur atomwaffenfreien Zone erklärte.

Der Vertrag wurde inzwischen von allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik ratifiziert, zuletzt von Kuba 2002. Ursprung

dieses Vertrages war die Kuba-Krise, d.h. die 1962 geplante Stationierung sowjetischer Atomraketen auf der den USA vorgelagerten Insel Kuba. Dadurch wäre beinahe ein Atomkrieg der großen Atommächte USA und UdSSR in der Region ausgelöst worden, welcher die umliegenden Länder der Karibik und Lateinamerikas mitbetroffen hätte.

Südpazifik - Der Vertrag von Rarotonga

Der internationale Vertrag von Rarotonga (engl.: South Pacific Nuclear Free Zone Treaty; SPNFZ) verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz sowie die Herstellung von Atomwaffen im Südpazifik. Außerdem untersagt er das Lagern von atomaren Abfällen in den Gewässern der Region. Er wurde 1985 von acht der damals fünfzehn Mitgliedstaaten des damaligen South Pacific Forum (heute: Pacific Islands Forum) auf Rarotonga unterzeichnet. Hintergrund dieses Vertrages waren die Atombombentests der führenden Atommächte im Pazifik, an deren Folgen die Bevölkerung heute noch leidet.

In einer eigenen Zeremonie in Suva (Fiji) unterzeichneten die USA, Frankreich und Großbritannien im März 1996 die Zusatzprotokolle des Vertrages von Rarotonga angesichts der internationalen Proteste gegen Frankreichs Atomtests im Pazifik.

Die beiden zuletzt genannten Staaten ratifizierten die Protokolle aber erst später; Frankreich beispielsweise erst im September 1996 nach Abschluss seiner Atomwaffentests in der Region, England 1997. 1995 hatten die Atomwaffenstaaten versprochen, für immer auf Atomtests zu verzichten.

Der 1996 abgeschlossene vollständige Atomteststopp-Vertrag (CTBT) kann jedoch erst völkerrechtswirksam werden, wenn ihn die USA sowie weitere atomwaffenfähige Staaten ratifizieren - was bis heute nicht geschehen ist.

Südostasien - Vertrag von Bangkok

Im Vertrag von Bangkok (engl.: Treaty on the Southeast Asia Nuclear-Weapon-Free Zone) verpflichteten sich 1995 die sieben ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam), sowie Laos, Kambodscha und Myanmar, keine Atomwaffen gegeneinander einzusetzen oder sich mit deren Einsatz zu bedrohen. Dieser Südostasien-Vertrag gilt als „Zone für Frieden, Freiheit und Neutralität“ und hat seine Wurzeln in den Kriegen innerhalb dieser Region zur Zeit des Kalten Krieges, denen viele Millionen Zivilisten zum Opfer fielen. Allein in Vietnam waren es mehr als 2 Millionen Menschen. Die geheimen CIA-Kriege gegen die Dritte Welt, bzw. gegen die weitere Ausbreitung der „roten Gefahr“ in Südostasien, betrafen u.a. auch Laos, Kambodscha, Thailand und Osttimor. Es hätte hier jederzeit zu einem regionalen Atomwaffeneinsatz durch die Atommächte USA und Sowjetunion kommen können - die Möglichkeit wurde von den Regierungschefs erwogen und damit zu einem globalen Atomkrieg.

Nord- und Südkorea (Verhandlungen auf Eis)

Nord- und Südkorea vereinbarten bereits im Jahre 1992 eine Deklaration über die Denuklearisierung ihrer Länder. Die KDVR (Demokratische Volksrepublik Nordkorea) erklärte ihre Bereitschaft, das Atomwaffenprogramm aufzugeben und in den Atomwaffensperrvertrag zurückzukehren, wenn die USA auf die Stationierung von Atomwaffen in Südkorea verzichten und eine Nichtangriffserklärung abgeben. Dieser Vertrag wurde zwar 2003 ratifiziert liegt aber wegen Unstimmigkeiten zwischen den USA und Nordkorea auf Eis.

Afrika - Vertrag von Pelindaba (noch nicht ratifiziert)

Der internationale Vertrag von Pelindaba (benannt nach dem nahe Pretoria, Südafrika, gelegenen Kernforschungszentrum) verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz sowie die Herstellung von Atomwaffen in Afrika. Er wurde 1964 offiziell von der Organisation für Afrikanische Einheit als Reaktion auf die französischen oberirdischen Atomtests in der Sahara von Algerien gefordert, aber erst 1996 von den ersten Staaten in Pelindaba in Südafrika unterzeichnet. Bis Ende 2005 wurde der Vertrag von 20 afrikanischen Staaten ratifiziert, muss jedoch noch von mindestens acht weiteren Staaten ratifiziert werden, um in Kraft zu treten. 1996 wurde bekannt, dass die afrikanischen Staaten der Arabischen Welt den Vertrag so lange nicht ratifizieren werden, bis Israel alle Atomwaffen zerstört hat und Kontrollen zulässt. Entgegen dieser Aussage haben Algerien und Libyen den Vertrag aber bereits ratifiziert. Russland, Großbritannien und die USA haben den Vertrag bislang nicht ratifiziert. Russland verlangt, dass die Insel Diego Garcia, die zu Afrika gehört, aber unter britischer administrativer Obhut bereits 1966 den USA zum Aufbau einer Militärbasis übergeben wurde, miteinbezogen wird. Diese wurde inzwischen zu einem mächtigen amerikanischen Stützpunkt ausgebaut und ist mit einer unbekannten Anzahl von Atomwaffen bestückt.

Großbritannien und die USA weigern sich wiederum den Vertrag zu ratifizieren, solange Russland es nicht tut. Die USA und Großbritannien

ziehen seitdem auf der Landkarte einfach eine gepunktete Linie rund um die Insel, als ob sie nicht zum afrikanischen Kontinent gehöre.

Zentralasien - Vertrag von Semei (noch nicht ratifiziert)

Der internationale Vertrag von Semei verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz sowie die Herstellung von Atomwaffen in Zentralasien. Er wurde 2006 von Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan im kasachischen Semei (früher Semipalatinsk) unterzeichnet. Auf dem Territorium dieser fünf ehemaligen Sowjetrepubliken befanden sich zu Zeiten der Sowjetunion mehr als 2100 Atomwaffen, die inzwischen auf russisches Gebiet abgezogen wurden. Gerade wegen der von den Atommächten neuerdings verfolgten Doktrin präventiver Kriege beharrten die Regionalstaaten auf dem Zustandekommen des Vertrages, denn sie sehen darin eine Sicherheitschance: Wenn das eigene Territorium frei von Atomwaffen ist, so das Kalkül, bietet es auch kein lohnenswertes Ziel für einen nuklearen Angriff. Die USA mussten 2005 ihre Militärbasis in Usbekistan räumen. Die zentralasiatischen Länder geben deutliche Signale an die USA und Russland gegen mögliche Stationierungsabsichten in ihren Ländern.

Sie versuchen durch Zusatzprotokolle die Atommächte in einen völkerrechtlichen Verpflichtungsrahmen zu binden. Außerdem bewahrt die atomwaffenfreie Zone die beteiligten Staaten davor, in einen regionalen Rüstungswettlauf hineingezogen zu werden, denn mit China, Indien und Pakistan verfügen drei weitere rivalisierende Nachbarn über Atomwaffen. Der Vertrag wurde in der kasachischen Stadt Semei (das ehemalige Atomwaffentestgelände ist unter dem alten russischen Namen Semipalatinsk bekannt) unterzeichnet und erinnert an die Atomwaffentests der Sowjetunion dort. Hier erkrankten und starben immer noch Menschen an den Spätfolgen der sowjetischen Atomtests. „Auch die Mongolei hat sich 1992 zur „Einstaaten-Atomwaffenfreien-Zone“ erklärt.

mk ●

Viele Informationen sind im Internet einem Beitrag von Wolfgang Kötter und der AG Friedensforschung, Peter Strutyński sowie Wikipedia entnommen.

40 Jahre Atomwaffenfreie Zone Der Vertrag von Tlatelolco

Am 14. Februar 1967 schufen die Staaten Lateinamerikas und der Karibik die erste bewohnte atomwaffenfreie Zone. „Das ist ein wundervolles Valentinsgeschenk für die ganze Welt“, erklärten Vertreter der Nichtregierungsorganisation Atomic Mirrow in Mexiko City bei den Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum des Vertrags.

Das mexikanische Außenministerium hatte anlässlich des 40. Jahrestages des Vertrags von Tlatelolco zu einem zweitägigen Festakt und zu einem wissenschaftlichen Seminar eingeladen. Die IALANA und Atomic Mirror zogen im Abschlussplenum eine positive Bilanz:

◇ die Möglichkeit der Errichtung neuer nuklearwaffenfreier Zonen in Nordostasien, Europa, dem Nahen Osten und dem nördlichen Polarkreis wird anerkannt.

◇ die Staaten werden ermutigt, eine nationale Gesetzgebung nach dem Beispiel Neuseelands einzuführen, die den Transport von Atomwaffen durch das Land verbietet und Aktivitäten mit Atomwaffen unter Strafe stellt.

◇ der Modellentwurf für eine Atomwaffenkonvention wird unterstützt, wodurch die Machbarkeit eines solchen Vertrages aufgezeigt wird.

◇ über ein mögliches Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof bei Nichterfüllung der nuklearen Abrüstungsverpflichtungen wurde diskutiert.

◇ eine Ausweitung der Zusammenarbeit der atomwaffenfreien Zonen wurde vorgeschlagen, einschließlich der Möglichkeit, einen neuen Abstimmungsblock bei den Vereinten Nationen zu schaffen.

Nur das Thema ‚Kernenergie‘ wurde kontrovers diskutiert.

Die IAEA und die Organisation Amerikanischer Staaten propagierten die Kernenergie als Antwort auf den wachsenden Energiebedarf. Die Vertreter der Karibischen Staaten warnten vor den Unfallgefahren und möglichen terroristischen Angriffen. Die IALANA stellte alternative und für die Umwelt sichere Technologien vor. Weitere Konferenzen zu nuklearwaffenfreien Zonen in der Schweiz, der Mongolei, in Japan und im Nahen Osten sind geplant. Darin zeigt sich eine wachsende Zuversicht, dass neue nuklearwaffenfreie Zonen erfolgreich verhandelt werden können.

Alyn Ware ●, Neuseeland, Fachberater der IALANA, International Association of Lawyers Against Nuclear Arms

Verträge über Kernwaffenfreie Zonen

Vertrag (von)	Region	Unterzeichner / Ratifikation	Jahr Unterzeichnung / in Kraft
Antarktisvertrag	Antarktis	43 / 43	1959 / 1961
Tlatelolco	Lateinamerika / Karibik	33 / 33	1967 / 1968
Rarotonga	Südpazifik	13 / 13	1985 / 1986
Nordkorea und Südkorea	Koreanische Halbinsel	2 / 2	1992 / 1992 – 2003
Bangkok	Südostasien	10 / 10	1995 / 1997
Pelindaba	Afrika	50 / 20	1996 / –
Semei	Zentralasien	5 / –	2006 / –

Überraschende Bündnispartner

Unsere Erde ist durch Atomwaffen bedroht und die Bedrohung steigt. Die Sorge um die Gefahr eines Atomkriegs trieb zum Jahresanfang eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten dazu, nukleare Abrüstung anzumahnen.

Dass am 1. Januar zum Weltfriedenstag der Papst die nukleare Abrüstung forderte, ist erfreulich, aber nicht sonderlich überraschend.

Doch dann meldeten sich ehemalige US-Politiker zu Wort, von denen man es nicht erwartet hätte. Am 4. Januar veröffentlichten die beiden ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger und Georg Shultz, der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry und der frühere Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des US-Senats ein gemeinsames Essay im Wallstreet Journal. Sie forderten von ihrer Regierung Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt.

Wenn US-Politiker, die nicht als Friedensengel bekannt sind, jetzt die nukleare Abrüstungsdiskussion beleben wollen, dann ist das schon ein deutliches Signal, wie groß die Gefahr ist, aber auch dafür, dass die Chance zur Änderung besteht. Sie verwiesen auf Ronald Reagan, der mit Michail Gorbatschow die Vision „von der Abschaffung aller Nuklearwaffen“ teilte. Auch wenn sie dieses Ziel nicht erreicht haben, so sei es ihnen doch gelungen, „das Wettrüsten zu beenden und Schritte einzuleiten, die zu einer deutlichen Verringerung von atomaren Langstreckenraketen sowie zur der Eliminierung einer ganzen Gattung bedrohlicher Waffen - der Mittelstreckenraketen - führten.“ Sie wollen diese gemeinsame Vision wieder beleben.

Michail Gorbatschow begrüßte diese Initiative als einer, der die ersten Verträge unterzeichnet hat, die zu wirklicher Abrüstung führten. Er fordert auch die russischen und europäischen Regierungen auf, Fortschritte in der nuklearen Abrüstung zu machen. Er endet mit einem Appell an uns alle:

„Es ist unsere Pflicht, sie zu unterstützen, diesen Herausforderungen zu begegnen.“ **wsh ●**

Die vollständigen Texte sind zu finden unter: www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/messages/peace/documents/hf_ben-xvi_mes_20061208_xl-world-day-peace_ge.html
www.ippnw.de/Atomwaffen/Atomwaffen_entschaffen/article/kissinger_entscheidung.html

Kontrovers: Atomwaffenfreie Zonen Schritte zur Abrüstung?

Angesichts der neuen Spirale nuklearen Wettrüstens, aber auch angesichts eines möglichen Atomwaffeneinsatzes im Kriegsfall gegen den Iran gewinnt das Konzept atomwaffenfreier Zonen in Europa, aber auch im Nahen- und Mittleren Osten wieder an Bedeutung. Heute existieren zirka 22 000 atomare Sprengköpfe weltweit. Davon gehören etwa 10 240 Sprengköpfe den USA und etwa 8 400 Russland. Der Rest verteilt sich auf US-Atomwaffen, die in Europa, Afrika und Asien stationiert sind, darunter auch in Deutschland, sowie auf die anderen offiziellen wie „inoffiziellen“ Atommächte. (siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffe>)

Damit liegen die meisten atomwaffenfreien Zonen auf der Südhalbkugel. Ihre Verträge sind z.T. wegen fehlender Ratifizierungen aber nicht rechtskräftig (vgl. afrikanischer Kontinent). Die meisten Atomwaffen gibt es wiederum auf der Nordhalbkugel. U-Boote mit Atomwaffen (USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, China und u.U. Israel) befinden sich aber auch auf den Meeren der Südhalbkugel. Z.B. haben die USA, die laut Wikipedia über 3000 Atomsprengköpfe für Atom U-Boote verfügen, über zehn Atom U-Boote in ständigem Einsatz. 7 US Atom- U-Boote sollen an der Pazifikküste stationiert sein. Russland soll zwei Atom U-Boote in ständigem Einsatz haben.

Wir haben Marion Küpker, Internationale Koordinatorin der GAAA und Alyn Ware, Fachberaterin der IALANA, befragt, welche Chancen sie atomwaffenfreien Zonen einräumen in den Bemühungen um weltweite nukleare Abrüstung. Wir wollen damit Anstöße geben, die Diskussion fortzuführen.



Marion Küpker

Es muss noch viel weiter gehen

Wenn die Atommächte in Zusatzprotokollen einem Vertrag über atomwaffenfreie Zonen zustimmten, dann u.a. nur, weil der Vertrag die strategischen Pläne ihrer nuklearen Militärbasen nicht wirklich durchkreuzte. Leider haben sich die Länder der atomwaffenfreien Zonen in die gleiche Falle begeben, wie sie schon im Artikel IV im nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) angelegt ist, der besagt, dass die militärische Nutzung der Atomkraft verboten ist, die „zivile“

aber ausdrücklich erwünscht und unter Aufsicht der IAEA gefördert wird. Die Agentur OPANAL (Organisation zum Verbot von Atomwaffen in Lateinamerika und der Karibik) wurde eingerichtet, um in zweijährigem Rhythmus Versammlungen der Mitgliedsstaaten, u.a. zur Zusammenarbeit für die weltweite nukleare Abrüstung, abzuhalten. Sie schreibt 1997: „Zur gleichen Zeit, wie die atomwaffenfreien Zonen nicht nur die Möglichkeit eines Atomkrieges in ihren Territorien vermeiden, repräsentieren diese aber auch einen wichtigen Schritt im Kampf um das Wohlergehen ihrer Völker und machen Fortschritte im Gebrauch nuklearer Materialien und Anlagen, die durch die Gesetzgebung der Parteien ausschließlich für friedliche Zwecke genutzt werden dürfen.“ Leider erkennen diese Länder in der Regel nicht, dass die Trennung zwischen militärischer und ziviler Atomnutzung ein Trugschluss ist und dass sie mit Krediten für zivile Atomanlagen in die Verschuldungsfalle der Atommächte gelockt werden. Z. B. ist allein das AKW Angra 2 in Brasilien mit geschätzten Kosten von 7-10 Mrd. US-Dollar, für annähernd 5 Prozent der brasilianischen Auslandsverschuldung verantwortlich. Späterer Widerspruch z.B. bei Zahlungsunfähigkeit kann von den Geberländern mit Wirtschaftssanktionen und/oder Krieg und Besatzung beantwortet und dieses u.a. mit dem Vorwurf, „diese Länder würden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen“, legitimiert werden. Trotzdem finde ich es wichtig, dass die Länder der atomwaffenfreien Zonen zu regelmäßigen Treffen zusammen kommen. Nur so haben sie die Möglichkeit, den Januskopf ‚Atomkraft‘ zu erkennen und langfristig auf die zivile Nutzung zu verzichten. Z.B. kann wegen der Verschuldungsfrage unter den Augen der Weltöffentlichkeit gegenüber den verantwortlichen Atommächten Anklage erhoben werden. Es sollte nicht ohne Wirkung bleiben, wenn mehr als 113 Länder, die durch ihren Verzicht auf Atomwaffen eine moralisch hohe Integrität besitzen, wichtige Positionen und Forderungen aufstellen und Strategien entwickeln, sich zu wehren, z.B. durch gegenseitige Unterstützung und internationalen Zahlungsboykott. Die ausbeutenden Länder werden dann vor dem Problem stehen, nicht mehr nur gegen einzelne Länder vorgehen zu können.

Auch wenn sich heute eine Kampagne für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten u.a. wegen der umstrittenen iranischen Urananreicherungsanlage schwierig gestaltet, da diese offiziell zum zivilen Atomprogramm gehört, könnte eine Neubestimmung der atomwaffenfreien Zonen, mit gemeinsamen Verzicht auch auf die „zivile“ Nutzung, die Bedingungen hierfür ändern. Die Atommächte werden die letzten sein, die ihre eigenen Territorien und die ihrer Bündnispartner zu atomwaffenfreien Zonen (z.B. in Europa) machen werden. Hierfür bedarf es des wirklichen Willens der Großmächte, ein faires Weltwirtschaftssystem zuzulassen, und großen öffentlichen Drucks.



Alyn Ware

Nukleare Abrüstung durch die Hintertür

Die Atomwaffenstaaten besitzen den Schlüssel zu einer Welt ohne atomare Waffen. Sie halten den Eingang dazu aber verschlossen. Gegen alle Aktionen des Sicherheitsrates legen sie ein Veto ein, wenn es gegen ihr atomare Machtstellung geht, nur dann nicht wenn es darum geht, die Weiterverbreitung von Atomwaffen an andere zu verhindern. Sie blockieren im Überprüfungsprozess des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages Vorschläge und verhindern den Beginn von Verhandlungen in der UN-Abrüstungskonferenz. Bemühungen, politischen Druck auf die Atomwaffenstaaten auszuüben, damit sie die Vordertüre öffnen, sind zwar sinnvoll, doch die Welt kann nicht in Ungewissheit zuwarten. Das tut sie auch nicht. Einige Länder haben inzwischen regionale atomwaffenfreie Zonen geschaffen, in denen der Besitz und die Entwicklung von Atomwaffen verboten sind. Dazu gehören mittlerweile 113 Staaten. So wie sich ein Seerosenblattteppich über einen Teich ausbreitet, bis er den ganzen Teich bedeckt,

so könnten sich die atomwaffenfreien Zonen ausdehnen bis sie die ganze Welt umfassen. Über die Hälfte der Welt gehört schon dazu, darunter alle Länder der südlichen Hemisphäre. Mit atomwaffenfreien Zonen besitzen wir eine Hintertür für die nukleare Abrüstung. Manche argumentieren, diese Zonen hätten keine Bedeutung, weil die Atomwaffenstaaten bei sich selbst, bei ihren Verbündeten und auf allen Weltmeeren weitere Atomwaffen stationieren könnten. Ich glaube, dass atomwaffenfreie Zonen die moralische, politische und rechtliche Position gegen Atomwaffen stärken. Sie spiegeln die Meinung der Mehrheit wider, dass Atomwaffen für die Sicherheit nicht notwendig sind. Sie dienen als erfolgreiches Beispiel für nukleare Abrüstungsverhandlungen zwischen verschiedenen Staaten. Sie sind daher Meilensteine auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Diese Zonen sollten eine noch aktivere Rolle in der Förderung von nuklearen Abrüstungsinitiativen spielen.

Im April 2005 fand in Mexiko die erste Konferenz der Mitglieder der atomwaffenfreien Zonen statt. Viele Staaten zögerten zu kommen, weil sie am Erfolg dieser Konferenz zweifelten. Wer aber dort war spürte die gemeinsame Kraft der vielen Staaten, die Atomwaffen ablehnen. Es kam zu einer gemeinsamen Stellungnahme auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages und der Vereinbarung, dass die Staaten der atomwaffenfreien Zonen weiterhin zusammenarbeiten, um eine glaubwürdige, politisch machtvolle Gruppe in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Foren zu bilden. Vielleicht entwickelt sich daraus die Basis dafür, dass die Staaten der atomwaffenfreien Zonen zu Gastgeber für Verhandlungen zu einer internationale Atomwaffenkonvention werden!

Übersetzung wsh ●



Der Maulkorb für die WHO muss verschwinden

Der Artikel VII im Abkommen zwischen der Atomenergiebehörde IAEA und der Weltgesundheitsorganisation WHO muss verschwinden, weil er die freie Meinungsäußerung der WHO verhindert.

1959 unterzeichneten die beiden Weltorganisationen ein Abkommen, das festlegt, dass sich IAEA und WHO konsultieren müssen bei Aktivitäten, die im Hauptinteresse der anderen Partei stehen oder stehen könnten. Im Artikel VII verpflichten sie sich, „Überflüssiges und Unnützlichendes beim Zusammentragen, Erstellen und Veröffentlichen von Statistiken bei ihren jeweiligen Aktivitäten zu vermeiden“ und sich abzustimmen über Auskünfte, Ressourcen und technisches Personal im Bereich der Statistik. Das ist ein Maulkorb für die WHO.

Tschernobyl wird verharmlost

Bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat die WHO die IAEA allein vor Ort agieren lassen, statt selbst im Katastrophengebiet präsent zu sein. Die Ergebnisse der WHO Konferenz von 1995 über die Gesundheitsfolgen von Tschernobyl wurden nie veröffentlicht. Die IAEA veröffentlichte dagegen 1996 ihre Zahlen: 32 Tote und 2.000 Schilddrüsenkrebskrankungen. Jetzt 2005 gibt es ein gemeinsames Papier, das von 50 Toten und 4.000 potentiellen Krebskrankungen spricht.

Die Zahlen werden von Zeugen bestritten und schließen nicht die 800.000 Aufräumarbeiter ein, von denen schon 25.000 nach Angaben der ukrainischen Botschaft gestorben sind.

Mahnwache geplant

Vom Tschernobyltag am 27. April bis Ende Mai zur 60. Weltgesundheitsversammlung plant der Freundeskreis der Arche eine Mahnwache vor dem Gebäude der WHO in Genf. Jeden Arbeitstag soll eine Person, die von anderen in der Nähe unterstützt wird, präsent sein, um gegen den Artikel zu protestieren und eine Änderung zu fordern.

Kontakt: Hannelore Schmid hanneschmid@freesurf.ch

Abkommen über Atomwaffenfreie Zonen



Karte: db

Anzeigen wegen NATO-Atomwaffen verworfen

Im letzten FreiRaum (S. 6) haben wir darüber berichtet, dass über 20 Personen in Deutschland Anzeigen gegen Verantwortliche für die Atomwaffenpolitik erstattet haben. Als Teil europaweiter Aktivitäten. Mittlerweile haben vermutlich alle zuständigen Staatsanwaltschaften die Ermittlungsverfahren eingestellt. Die meisten ohne größere Begründung. Staatsanwältin Karl in Berlin reagierte indes mit einer dreiseitigen Antwort, nachdem ihr der Fall von der regionalen Kriminalinspektion Lahn-Dill übergeben wurde.

Das Erstaunliche an ihrer Begründung für das Einstellen ist nicht der Bezug auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges oder weiterer Strafrechtsparagrafen, sondern die bemerkenswerte Stellungnahme: „Ihnen ist zuzustimmen, dass Atomwaffen für den Fall ihres Einsatzes immer sowohl Kriegführende als auch Zivilisten treffen würden und unvermeidlich Leiden verursachen würden und dass es in Übereinstimmung mit internationalen Verpflichtungen jedenfalls erstrebenswert ist, dass in Deutschland baldmöglichst keine Atomwaffen mehr stationiert sein werden.“ Ein Aktivist hat Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt.

Büchel 2007

5. August: Demonstrationzug gegen Atomwaffen aus Anlass des Hiroshima-Tages durch Cochem, Treffpunkt 15 Uhr vor dem Polizeigebäude in Cochem

6. August: Treffpunkt 6:30 Uhr vor dem Haupttor des Fliegerhorstes Büchel zum Verteilen der Soldatenbriefe, um 8:15 Hiroshima-Mahnwache vor dem Haupttor. Wer an beiden Tagen teilnehmen möchte, bitte Info an Elke Koller (02653-911345)

31. August bis 2. September: Familienwochenende im Jugendhof Kloster Maria Martental, verbunden mit der 6. Umrundung des Fliegerhorstes Büchel am Sonntag, den 2. September. **Kosten** pro Übernachtung: 8 € für Personen unter 18 J., 12 € für Personen über 18 J., Verpflegungspauschale 5 Euro/Tag

1. September: Abendmesse in der Kirche in Alflen mit der Bevölkerung
2. September: Frühstück vor dem Haupttor um 10 Uhr, Beginn der Umrundung: 11 Uhr, Abschlussveranstaltung am Haupttor: 16.30 Uhr
23. bis 25. November:

GAAA-Jahrestagung in der Jugendherberge Cochem:
u.a. Vorbereitung Büchel 2008

rb ●

G8 Gipfeltreffen Heiligendamm Angst schüren

„Ich mache mir Sorgen, dass der Freihandel zur Privatisierung der Bildung führt“, erzählt mir eine Grundschullehrerin in Ottawa. „Ich möchte zur Demonstration nach Quebec, aber ist es dort nicht gefährlich?“ „Ich will nach Quebec“, sagt ein Student aus Harvard, „aber ich habe gehört, dass niemand über die Grenze gelassen wird.“ Dieser gekürzte Abschnitt über das Gipfeltreffen in Quebec ist von der Globalisierungskritikerin Naomi Klein. Bitte setzt beim Lesen den Städtenamen Heiligendamm für Quebec ein.

[...] Die effektivste Kontrollmethode ist es, die Menge zu kontrollieren, bevor sie sich zusammenrottet: Die Leute abzuschrecken, damit sie sich selbst zum Schweigen bringen. Es passiert jedes Mal, wenn wir einen weiteren Bericht über den drei Meter hohen Zaun lesen, mit dem Quebec umgeben wird. Oder eine Meldung, dass es keinerlei Schlafplätze in der Stadt gibt - mit Ausnahme der Gefängnisse [...]. Eine abweichende Meinung zu äußern gilt nicht mehr als unabdingbarer Bestandteil einer Demokratie, sondern wird immer mehr zu einem gefährlichen Extremsport, der sich nur für Hardcore-Aktivist*innen mit bizarrer Ausrüstung und einem Doktor im Erklettern von Gebäuden eignet. Eine weitere Abschreckung findet statt, wenn wir den Artikeln in den Zeitungen Glauben schenken [...]. Bei einigen Demonstrant*innen handle es sich um „Agitatoren“, die den „Einsatz von Gewalt“ planen und bereits Pflastersteine und Sprengstoffe einpacken würden. Der einzige Beweis für derart hetzerische Beschuldigungen besteht darin, dass sich die „Anarchisten“ in „kleinen Gruppen“ organisieren würden und dass diese Gruppen „autonom“ seien, das heißt, dass sie einander nicht über ihre Pläne informieren.

Die Wahrheit sieht anders aus: Kein einziger offizieller Veranstalter der Proteste in Quebec plant gewalttätige Aktionen. Einige radikalere Organisationen haben erklärt, sie würden „unterschiedlichste Taktiken“ respektieren, „die von allgemeiner Information bis zu direkter Aktion reichen“. Andere sagen, sie würden sich verteidigen, wenn sie von der Polizei angegriffen werden würden. Diese zugegebenermaßen komplizierte Position wird von der Presse so verzerrt, dass man meinen könnte, es seien gewalttätige Angriffe auf den Gipfel geplant, was sicher nicht der Fall ist. [...]

Wenn wir eine Gesellschaft der Ausgeschlossenen und der Eingeschlossenen und mit hohen Zäunen nicht wollen [...], dann lautet die Lösung, eine Politik der Teilung rundweg abzulehnen. Und der beste Ort dafür ist Quebec, wo die unsichtbare Trennlinie zwischen Ausgeschlossenen und Eingeschlossenen deutlich sichtbar ist - dank eines neuen Maschendrahtzauns und Polizeimethoden, die uns draußen halten, bevor wir überhaupt dort angelangt sind.

Nun zu Heiligendamm

Beim G8 Gipfeltreffen im 270 Einwohner zählenden Ostseebad werden sich vom 5.-7. Juni die führenden Staats- und Regierungschefs



versammeln, die für die Forcierung militärisch-kriegerischen Handelns weltweit verantwortlich sind. Zudem sind mit George W. Bush, Wladimir Putin, Jacques Chirac und Tony Blair vier Staats- und Regierungschefs anwesend, die als Oberbefehlshaber der jeweiligen Streitkräfte die Modernisierung und damit Neuentwicklung von Atomwaffen forcieren. Von Rüstungskontrolle und Abrüstung insbesondere auch im nuklearen Bereich fehlt derzeit fast jede Spur. Immer mehr Offizielle äußern, dass die Welt noch nie so sehr in Gefahr eines Atomkrieges sei wie aktuell.

Um den Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit der atomaren Abschreckung/Drohung und der Aufrechterhaltung des ausbeuterischen Weltwirtschaftssystems aufzuzeigen hat die GAAA die Teilnahme an den Aktionen rund um den G8 Gipfel zu einem ihrer diesjährigen Schwerpunkte gemacht: Wir wollen uns zu der Besiedelungs-Aktion in der freien Heide treffen und uns von dort mit Bussen zur internationalen Auftaktdemonstration am 2. Juni aufmachen. Anschließend wollen wir zwei Tage unsere Aktionen gegen Atomwaffen mit Straßentheater, Flugblättern etc. auf einem der vorhandenen Camps koordinieren und gezielt in das Protestprogramm einbinden:

Δ **1. Juni: Besiedelung des „Bombodroms“ in der Kyritz-Ruppiner-Heide (Extra-Artikel in diesem FreiRaum)**

Δ **2. Juni: internationale Demonstration**

Δ **5. Juni: Aktionstag gegen Militarismus, Krieg, Folter und globalen Ausnahmezustand am Fliegerhorst Rostock-Laage. Die Regierungschefs sollen direkt bei ihrer Ankunft blockiert werden**

Δ **6. Juni: Straßenblockaden etc.**

Δ **5.-7. Juni: Alternativ- und Gegengipfel**

Zu den Protestaktionen werden von den Nichtregierungsorganisationen an die 100 000 Menschen erwartet. Da wir für unsere Aktionen eine GAAA-Bezugsgruppe bilden möchten und vorweg weitere Informationen zur Vorbereitung austauschen wollen, bitten wir euch bei Teilnahme um eine baldige Rückmeldung im GAAA Büro:

Roland Blach, Tel. 0711 2155112.

Weitere Kontakte und Inhalte:

www.heiligendamm2007.de,

www.friedenskooperative.de,

www.block-g8.org

rb/mk ●

„Solange wir Tornados haben, müssen sie üben.“

Bombodrom besiedeln am 1. Juni 2007

Die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen-GAAA ist eine von über 30 Organisationen, die im Vorfeld des G8-Gipfels zu Aktionen Zivilen Ungehorsams am Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide aufrufen. Unter dem Motto „Von der Heide bis zum Strand“ geht es anschließend in Bussen weiter in Richtung Heiligendamm.

Seit 15 Jahren schon streitet die Bundeswehr vor Gericht darum, das ehemalige sowjetische Bombodrom zwischen Berlin und Hamburg als Luft-Boden-Schießplatz nutzen zu dürfen. Die Bevölkerung der Region wehrt sich gegen diese Pläne mit Protestwanderungen, Petitionen, vielen kreativen Aktionen und auf juristischem Wege. Aber das Bundesverteidigungsministerium besteht auf seinen Plänen: „Wir brauchen den Platz.“

Was „den Platz“ für die Bundeswehr so attraktiv macht: er ist groß genug, um auch innerhalb des Geländes Flugoperationen durchzuführen und um das Zusammenwirken von Luft- und Bodenstreitkräften zu üben. Durch die Nähe zur Ostsee kann sogar die Marine in die Übungsszenarios einbezogen werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, in allen Höhen zu üben - von 30 bis 4700 m Flughöhe. „Die Bundeswehr wird mit dem derzeit als Jagdbomber genutzten Luftfahrzeugmuster Tornado, zukünftig auch Eurofighter, die verbündeten Streitkräfte mit Luftfahrzeugen der Typen A-10 Mirage und F-16 dort üben“, so steht es im Betriebskonzept für den Luft-Boden-Schießplatz. (Die A-10-Bomber sind bekannt für die Verwendung von „DU“-Uranmunition.)

Zur Zeit der Erstellung des Betriebskonzepts im Jahr 2003 ging es noch vor allem darum, mit Tornados den Abwurf ungenau geleiteter Bomben im Tiefflug zu üben. Inzwischen werden die Tornados auf lasergelenkte 1000-kg-Bomben sowie die Abstandswaffe „Taurus“ (bis 350 km Reichweite) umgerüstet. Die Eurofighter, die ursprünglich für den Kampf in der Luft gedacht

waren, werden jetzt für den Kampf gegen Ziele am Boden „angepasst“. Geübt werden müsse aber mit diesen neuen Systemen auch, so Rainer Arnold (SPD) im September 2006 bei einer Konferenz von „Pro Heide“ zur Rolle der Bundeswehr.

Für Freiraum-LeserInnen liegt die Frage auf der Hand, ob die Tornados des Jagdbombergeschwaders 33 (stationiert in Büchel) in der Kyritz-Ruppiner Heide auch den Abwurf von Atombomben üben sollen. Der ansonsten recht gut informierte Rainer Arnold, immerhin Mitglied des Verteidigungsausschusses, sagte bei der oben erwähnten Konferenz, über Atomwaffen wisse er nichts. Aufschluss gibt hier allerdings das Betriebskonzept: „Zusätzlich wird das sog. Loft-Verfahren ... geübt werden“ ist dort zu lesen. Dieses Verfahren wird zum Abwurf von Atombomben verwendet. Was aus den Atombomben wird, wenn - die Rede war von 2010 - 2015 - die Tornados durch Eurofighter ersetzt werden, blieb angesichts des „Nichtwissens“ der Experten unklar. Um so klarer dagegen Arnold's Aussage: „Solange wir Tornados haben, müssen sie in den Tornado-Szenarien üben.“

Wer sich dem Einüben von Atombombenabwürfen widersetzen möchte, hat am 1. Juni Gelegenheit dazu. Mit nachgebauten Zielpyramiden soll an diesem Tag das Bombodrom-Gelände besiedelt werden, um daran zu erinnern, dass Bomben im Krieg an Orten fallen, wo Menschen leben. Und auch über den Aktionstag hinaus soll die rosa Pyramide an möglichst vielen Orten auftauchen und signalisieren: „Wenn irgendwo Bomben fallen, dann treffen sie uns alle.“

Infos zum Aktionstag unter www.g8andwar.de, Kontakt für den Aufruf „Jedes Ziel ist ein Zuhause“ ist die Sichelschmiede, Dorfstr. 8, 16909 Rossow, 033964-60868, info@sichelschmiede.org, www.sichelschmiede.org.

Ulrike Laubenthal, Sichelschmiede ●



Evangelische Kirche:

Mehr Engagement gefordert

Vom 22. bis zum 24. Januar 2007 tagte in Hannover die 27. bundesweite Friedenskonsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse der Evangelischen Kirche in Deutschland und der christlichen Friedensdienste. Regina Hagen und Wolfgang Schlupp-Hauck referierten dort über die aktuellen Gefahren durch Atomwaffen und die Kampagne „atomwaffenfrei bis 2020“.

Mit großer Sorge sahen die Teilnehmenden die Gefahr, die von Atomwaffen und der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgeht. Sie bitten die Gemeinden, Projekte zur nicht-atomaren Stromgewinnung zu unterstützen und auf die Möglichkeit zum Wechsel des Energieanbieters aufmerksam zu machen. In einer Abschlusserklärung heißt es:

Wir fordern die deutschen Kirchen auf, sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und, dem Beschluss der Vollversammlung des ÖRK von Porto Alegre folgend, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa einzusetzen.

Dringend ist der Abschied von der Planung des Einsatzes von Atomwaffen im Rahmen der EU- und NATO-Strategien.

Kontaktadresse: Mechthild Gunkel, Zentrum Ökumene der EKHN, Praunheimer Landstraße 206, 60488 Frankfurt / Main
<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/004188.html>

wsh ●

Hier könnte Ihre
Anzeige stehen

Fragen Sie nach Preisen
redaktion@pressehuette.de

PNNND: Parliamentary Network for Nuclear Disarmament, zu deutsch: Parlamentarisches Netzwerk für nukleare Abrüstung. Das überparteiliche Netzwerk hat 400 Mitglieder in 65 Ländern und dient dem Informationsaustausch und der Entwicklung von Abrüstungsstrategien. www.pnnnd.de

PrepCom: Preparatory Committee, zu deutsch: Vorbereitungscommittee zur Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags. Die alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungs-konferenz wird in drei Prep-Coms in den vorangehenden Jahren bei der UNO vorbereitet.

Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“: Der Trägerkreis besteht aus etwa 40 Mitgliedsorganisationen, ist Mitglied des globalen Netzwerks „Abolition 2000“, und ist Träger der Kampagne „Atomwaffenfrei bis 2020“ in Deutschland. Ziel ist ein atomwaffenfreies Deutschland als Schritt zu weltweiter atomarer Abrüstung. www.atomwaffenfrei.de **Jk ●**

Stichwort

EUCOM (European Command)

Seit 40 Jahren liegt das EUROPEAN COMmand in Stuttgart Vaihingen. Das war nicht immer so. 1967 verfügte Frankreichs damaliger Präsident, dass verbündete Streitkräfte ihre Hauptquartiere nicht mehr in Frankreich einrichten dürften, was die Verlegung des EUCOM nach Deutschland nach sich zog. Weltweit betreiben die USA 5 Kommandozentralen. Jede hat andere Zuständigkeitsbereiche. Das EUCOM ist außer für Europa auch für Afrika, Teile Zentralasiens und des Nahen Ostens verantwortlich. Das potentielle Einsatzgebiet der dem EUCOM unterstehenden Streitkräfte umfaßt heute also eine Fläche, die doppelt so groß ist wie die Vereinigten Staaten selbst. In der Selbstdarstellung des EUCOM heißt es, daß zu den grundlegenden Aufgaben der EUCOM-„Missions“ die Unterstützung und Geltendmachung von Interessen und Politik der Vereinigten Staaten gehören. Das heißt: Im Kriegsfall gehen vom EUCOM Befehle für militärische Aktionen aus und werden von der Kommandozentrale koordiniert, z.B. Befehle für den Einsatz von konventionellen Waffen wie auch für die Durchführung von Truppenaufmärschen, deren Versorgung und Koordination. Zudem unterliegt der Kommandozentrale der Oberbefehl über die in Europa stationierten Atomwaffen. **Silvia Bopp ●**

„Wer stellt schon solche Fragen“

Am 9. Januar 2007 stand Johannes Mader zusammen mit Hanna Jaskolski und Martin Otto vor dem Amtsgericht Stuttgart. Sie waren angeklagt wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung in Tateinheit mit jeweils einem Vergehen des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs.

Die drei hatten am 9. August 2005 eine Go-In Aktion im EUCOM Stuttgart gemacht, während der sie einen Zaun aufschnitten, ein Stück des EUCOM-Geländes als „Menschenschutzgebiet“ auswiesen und danach unbehelligt durch das ganze EUCOM-Gelände und zum Haupttor wieder hinausspazierten, wo sie sich dann selbst anzeigten (wir berichteten).

Alle drei wurden zu je 20 Tagessätzen verurteilt. Um die drohenden Inhaftierungen zu vermeiden haben sich am 25. Januar 359 Personen mit einem Offenen Brief an die Bundesregierung, z.Hd. Kanzlerin Merkel, an den Botschafter der USA in Berlin, an das Bundesverfassungsgericht und an das Amtsgericht in Stuttgart (siehe Anhang) gewandt.

Mehr: <http://www.gaaa.org/aktuell.htm>

Wir dokumentieren hier die abschließenden Worte von Johannes Mader während des Strafprozesses:

Wertes Gericht, Herr Staatsanwalt; Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde!

Ich stehe vor diesem hohen Gericht als Vertreter einer jungen Generation; wie Sie wissen bin ich Jahrgang 1982, habe das Gymnasium besucht und an der Schule ebenso wie aus Kreisen der Politik und der Medien vernommen, welche große Verantwortung betreffend der Zukunft der globalisierten Welt auf unseren Schultern liegt; weiterhin den Appell, uns dieser Herausforderung zu stellen.

Nun bin ich am heutigen Tage vor dieses Gericht geladen, wegen des Vorwurfes, gemeinschaftlich handelnd mit den weiteren Angeklagten, Herrn Otto und Frau Jaskolski, „rechtswidrig

eine fremde Sache beschädigt zu haben, weiterhin in das befriedete Besitztum eines Anderen widerrechtlich eingedrungen zu sein“; gemeint ist hier das EUCOM [United States European Command] in Stuttgart / Vaihingen.

Nun soll ich mich also verantworten vor allem wegen Hausfriedensbruchs. In diesem Wort - Hausfriedensbruch - versteckt sich der Begriff, jenes hohe Gute, dem zu dienen ich gehandelt habe - Frieden. Wie kann ich also Frieden brechen, so frage ich mich, in einem „Haus“, von dem Kriege ausgehen?

Denkbar wäre doch vielmehr der Vorwurf des „Hauskriegsbruchs“ - wobei ich mir das „durchbrechen“ eines Krieges nicht zum Vorwurf machen würde.

Um es noch einmal deutlich zu sagen:

Ich habe gemeinschaftlich handelnd ein bestehendes Gesetz übertreten, um einem höheren Recht zu dienen; und dieses Recht ist einerseits das Recht - unser aller Recht - auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Person, welches Artikel 3 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte jedem Menschen zuspricht (entsprechend Artikel 2, Abs. 2 unseres Grundgesetzes), andererseits das Völkerrecht, welches in der hier zu verhandelnden Sache von unserem Staat sträflich missachtet wird.

Ich möchte betonen: Ich habe einem höheren Recht gedient - und werde auch in Zukunft diesem höheren Recht dienen - und dementsprechend handeln!

Wir haben in einer symbolischen jedoch gleichzeitig sehr konkreten Aktion den Zaun, welcher das Gelände des EUCOM bei den Patch Barracks in Stuttgart / Vaihingen umgrenzt, überwunden, um für den Anfang zumindest einen Teil dieses Fleckchens Land zu befrieden; haben einen Teil dieses Gebietes „ausgezäunt“, mit Hinweisschildern ausgestattet, es handele sich um ein Menschenschutzgebiet. Möge in naher Zukunft dieses kleine Stück Land, von dem heute Krieg ausgeht, ein Symbol des Friedens sein.

Das ausgezäunte Land war ein Symbol des Friedens; so wünsche ich mir einen Tag Frieden für die Welt - und für alle Ewigkeit.

Es gab eine Zeit, da habe ich nicht umfassend verstanden, daß das höchste Ideal, die Bewah-



Johannes Mader (2.v.r.) und Mitstreiter nach der Verhandlung im Amtsgericht Stuttgart (Foto: wsh)

rung der Schöpfung, Frieden für die Welt, sein sollte. Ich habe das Gymnasium besucht mit dem Bewusstsein, einst zu studieren, Karriere zu machen und möglichst umfassend Güter um mich anzuhäufen. Es klingt noch in meinen Ohren, was ein Lehrer mir sagte: „Ihr seid die Elite Deutschlands“.

Dann, kurz vor dem Abitur, bin ich schwer erkrankt, habe immer wieder viele Wochen im Krankenhaus verbracht, hatte dementsprechend genügend Zeit, mir Gedanken zu machen über meine Ideale, über das hohe Gut, leben zu dürfen - ich möchte anmerken: die Atomwaffeneinsatzzentrale EUCOM steht diesem höchsten Gut durch die Möglichkeit bzw. Aufgabe, Atomwaffen zum Einsatz zu bringen, fundamental entgegen! - Und mir ist unser aller Auftrag bewusst geworden:

Seien wir dankbar für das hohe Gut, leben zu dürfen, und sorgen wir dafür, daß auch die nächsten Generationen dieses hohe Gut erfahren dürfen und weitergeben können.

*wenn die bombe fällt
uns unsere kinder fragen
wer hat sie gebaut
wer hat sie getragen*

*Du weißt es nicht
und kannst ja nichts dafür
Du hast sie nicht gebaut
Du hast sie nicht getragen*

wer stellt schon solche fragen

Ich möchte versuchen, meinen Kindern diese Werte überzeugend vorzuleben, werde sie ermutigen, im richtigen Augenblick quer zu denken und Zivilcourage zu entwickeln.

Diese Zeilen überschrieben mit dem Titel „Der Pilz“ habe ich geschrieben nach unserer Go-In-Aktion ins EUCOM am 09. August 2005.

Diese Zeilen möchte ich meinen Kindern einst nicht vortragen müssen in dem Versuch einer Erklärung, sollte es ein zweites Hiroshima, ein zweites Nagasaki geben. Und so muß es heute heißen:

Atomwaffen abschaffen, bei uns anfangen!

Ich schließe mit den Worten Mahatma Gandhis:

„Ziviler Ungehorsam wird zu einer heiligen Pflicht, wenn der Staat den Boden des Rechts verlassen hat.“

Diese Pflicht habe ich empfunden und dementsprechend gehandelt.

Johannes Mader am 09. Januar 2007 ●



**Blockade des Atomwaffenlagers
Kleine Brogel, Belgien 2006.
Foto: Youth for a Nuclear Free Europe**

**Our Nuclear Future?
BANg veranstaltet Aktionsakademie parallel zu „Next Generation Blockade“ in Faslane!** Vom 26.-30. Juli 2007 seid ihr eingeladen, nach Faslane bei Glasgow in Schottland zu kommen. Jugendliche aus Europa sowie eine Studentengruppe des japanischen „Peace Boat“ wollen sich dort informieren und gemeinsam aktiv werden.

Auf dem Programm der Aktionsakademie stehen neben einem Aktionstraining Workshops zu „Kunst und Atomwaffen“, Seminare mit internationalen ExpertInnen zu Themen wie Atomwaffen in Europa, Uranwaffen, u.a. auch ein Gespräch mit einem Überlebenden von Hiroshima oder Nagasaki. Außerdem wird es ein Brainstorming geben für eine Jugend-Medienkampagne von BANg, die von einer Arbeitsgruppe auf dem Peace Boat ausgearbeitet werden soll.



Es gibt die Möglichkeit, an der Blockade „Faslane 365“ teilzunehmen und/oder durch kreative Aktionen vor der Atomwaffenbasis an unsere Zukunft und die unserer Kinder zu erinnern. Eine Zukunft, die bei der Entscheidung der britischen Regierung für oder gegen eine Erneuerung ihres Atomwaffenprogramms mit auf dem Spiel steht. Bringt für diese Aktionen bitte Kinderspielzeug, Puppen o.ä. mit!

Weitere Informationen, Einladungsflyer und Anmeldung bei Luzia Gündner (luzia.guendner@pressehuetten.de) und Julia Kramer, sowie auf

www.BANg-europe.org

Aktionsaufruf für Kurzentschlossene, die nicht bis zur Next Generation Blockade im Juli warten wollen (oder sich nicht zur nächsten Generation zählen):

Faslane365

Deutsche Beteiligung an einjähriger Blockade am 28./29. März 2007

Am 1. Oktober 2006 hat die 365tägige gewaltfreie Blockade der britischen Atom U-Boot Basis Faslane in Schottland begonnen (wir berichteten). Die Initiative „Atomwaffen abschaffen“ organisiert eine deutsche Beteiligung und ruft auf: Macht mit bei einer zweitägigen Blockade am 28. und 29. März 2007!



Hintergrund Faslane liegt etwa 45 Kilometer nordwestlich von Glasgow. Hier ist das britische Atomwaffensystem Trident stationiert. Auf vier U-Booten lagern 12 bis 16 atomare Langstreckenraketen und bis zu 200 Sprengköpfe. Jeder dieser Sprengköpfe hat das achtfache Zerstörungspotential der Bomben, die Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 trafen. Die britische Regierung hat, entgegen ihrer Abrüstungsverpflichtung im Atomwaffensperrvertrag, im Dezember 2006 angekündigt, ihr Atomwaffenprogramm zu erneuern, so das es bis ins Jahr 2055 reicht. Darüber muss dieses Jahr, voraussichtlich im März, im Parlament abgestimmt werden.

Los gehts: Mit dem Bus von Deutschland nach Schottland: Abfahrt Montagfrüh, 26.3.2007 Di, 27.3.2007: Ankunft in Glasgow, letzter Vorbereitungstag Mi, 28.3.2007: 1.Tag der Blockade; Do, 29.3.2007: 2.Tag der Blockade, Donnerstagabend: Rückfahrt Für eine einfache Unterkunft und Verpflegung vor Ort wird gesorgt werden. Kosten für alles: ca. 70 bis 100 Euro. Wir versuchen, das Geld über Spenden aufzutreiben, können aber nichts garantieren. Fragen und Anmeldungen an: faslane365@gmx.de

Stephanie Astner
Tel.: 030/65702187
Bergmannstr.68
10961 Berlin
Mehr Infos auf englisch:
www.faslane365.org

Spendenkonto:
Stephanie Astner
GLS-Gemeinschaftsbank
BLZ: 43060967
Kto-Nr.: 6000148600



Da die Initiative kein Verein ist, können wir keine Spendenquittungen ausstellen, wir schicken aber gern die Abrechnung der Aktion zu. Wenn Geld übrig bleiben sollte, geben wir dieses an Faslane365 weiter.

Mayors for Peace Aktuelle Aktionen

25 Jahre - 2020 Mitglieder

Die Mayors for Peace feiern am 24. Juni ihren 25. Gründungstag. Sie wollen bis dahin auf 2020 Mitglieder anwachsen. 500 neue Mitgliedsorte müssen also noch weltweit geworben werden. Bürgermeister Akiba hat dazu einen Einladungsbrief geschrieben. Ebenso werben Hannovers neuer OB Stephan Weil und Mutlanges Bürgermeister Peter Seyfried bei ihren Kollegen für einen Beitritt zu Mayors for Peace und die Bundestagsabgeordneten für den Beitritt zum Parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung, PNND.

Städte sind keine Ziele

Alte und neue Mitgliedsstädte der Mayors for Peace sollen, offiziell als Akt des Bürgermeisters oder des Gemeinderates, die Erklärung „Städte sind keine Ziele“ verabschieden. Damit lenken die Mayors for Peace auf der ganzen Welt die Aufmerksamkeit auf zwei elementare Bedrohungen für unsere Sicherheit: 1. Massenvernichtungswaffen und 2. Bombenangriffe auf Städte. Sie fordern ein Verbot beider Bedrohungen ein.

In den Atomwaffenstaaten und bei ihren Verbündeten wollen die Mayors for Peace daran arbeiten, Unterstützer dieses Anliegen für den „Kongress der Weltunion der Kommunen (United Cities and Local Governments, UCLG) zu gewinnen. Er tagt vom 28. bis 31. Oktober in Jeju, Südkorea. Während die Mayors for Peace bei den Vereinten Nationen hoch angesehen sind, ist die UCLG offiziell als Interessensvertretung der Städte der Welt anerkannt. Wenn die UCLG sich beteiligt, treten nicht nur selbsternannte Städtevertreter für unsere Sache ein, sondern die Städte der Welt sprechen dann mit einer Stimme.

Neue Kräfte für Abrüstung

In den Staaten von atomwaffenfreien Zonen wollen die Mayors for Peace, dafür werben eine neue diplomatische Gruppe zu bilden, die sich für eine Nuklearwaffenkonvention einsetzt. In den USA ist 2008 der Wahlkampf für den neuen Präsidenten. Die Mayors for Peace wollen sich in den Wahlkampf einmischen, um die Öffentlichkeit und die Kandidaten für das Thema nukleare Abrüstung zu sensibilisieren. Deutsche Städte mit US-amerikanischen Partnerstädten können diese Aktionen unterstützen. Auf der Homepage www.atomwaffenfrei.de finden Sie weitere Informationen und die Dateien der beiden Briefe zum Herunterladen. **wsh ●**

Den Koalitionsvertrag umsetzen:

Merkel mach's möglich: „Unsere Zukunft atomwaffenfrei!“

Der Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“ plant für die nächsten drei Jahre eine Druckkampagne. Im Focus soll die Union stehen, sie soll dazu bewegt werden, Deutschland atomwaffenfrei zu machen - als Schritt zu einer Welt ohne Atomwaffen. Zwei Tage rauchten beim Strategietreffen in Frankfurt Anfang Februar die Köpfe.

Nach dem Scheitern der letzten NPT-Folgekonferenz 2005 steht die nächste Folgekonferenz der Vertragsunterzeichner 2010 an, bei der es um die Frage gehen wird: entweder ein Durchbruch im Kampf gegen Atomwaffen oder das endgültige Ende des NPT-Vertrages mit verheerenden Folgen für den Kampf um eine weltweite Abrüstung. Der Vorbereitungsprozess beginnt dieses Jahr in Wien.

Die vom Trägerkreis initiierte Kampagne ist deshalb auf drei Jahre angelegt. Eine Druckkampagne. „Druck“kampagne heißt: Prinzipiell vorhandene Überzeugungen und/oder Bekenntnisse müssen zu konkreten Regierungsbeschlüssen führen, wozu auf möglichst viele Politiker Druck ausgeübt werden soll.

Nach ihrem Koalitionsvertrag vom November 2005 bekennt sich die große Koalition im Bundestag zur nuklearen Abrüstung. Praktische Konsequenzen sind damit bisher jedoch nicht verbunden.

Wer von anderen Staaten verlangt, keine Atomwaffen zu entwickeln und ihnen mit Sanktionen und Krieg droht, wie es aktuell die atomwaffenbesitzenden Staaten gegenüber dem Iran praktizieren, muss zunächst selbst mit konkreten Abrüstungsschritten hinsichtlich seines Atomwaffenpotentials Ernst machen. Nur wer selbst Schritte zur atomaren Abrüstung geht, kann von anderen Abrüstung verlangen. Für uns in Deutschland ergibt sich daraus die Forderung nach Abzug aller noch verbliebenen US-Atomwaffen, nach einem deutschen Verzicht auf nukleare Teilhabe sowie Verzicht auf jegliche Beteiligung an der Planung von Atomwaffeneinsätzen. Als ein möglicher Kampagnen-Slogan wurde deshalb an dem Strategie-Wochenende kreiert: „Vor der eigenen Türe kehren“.

Überhaupt fehlte es nicht an vielfältigen Ideen und Vorschlägen für eine langfristig angelegte Kampagne. Im Trägerkreis sind über vierzig



Organisationen vertreten, die einen Beitrag zur Verwirklichung der Kampagne leisten können.

Die Union als Hauptadressat

Eine der diskutierten Hauptfragen des Treffens war: Wer soll und wer kann mit der Kampagne überzeugt werden? Druck auszuüben ist vor allem in Bezug auf Bundestagsabgeordnete notwendig. Gefordert sind für die Kampagne aber keine „Dünnbrettbohrer“, sondern Aktive, die vor allem bereit sind, bei den als Hauptadressaten angesehenen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU für nukleare Abrüstung einzutreten. Das sollte über eine persönliche Ansprache bzw. über Aktionen vor oder im Wahlkreisbüro erfolgen. Parallel dazu richten sich geplante Aktionen auch direkt an die Person von Angela Merkel.

Damit kann die Friedensbewegung auch eine neue Qualität erhalten. Denn in den letzten Jahren ist es zunehmend erforderlich geworden, auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Das ist zwangsläufig mit reflexhaften und kurzzeitigen Aktionen verbunden. Parallel dazu brauchen wir aber eine Aktion, die langfristig angelegt ist und einen langen Atem hat. Immerhin hat der Kampf gegen Atomwaffen in Deutschland eine lange Tradition. Er begann vor fast genau 50 Jahren am 13. April 1957 mit dem Aufruf von 18 deutschen Atomforschern als „Göttinger Manifest“ gegen die damals von Adenauer und Strauß geplante Atombewaffnung der Bundeswehr.

Karl-Heinz Peil ●

Die Wände voller Ideen.



Chinesischer Anti-Satellitentest macht auf die Militarisierung des Weltraumes aufmerksam

Am 11. Januar 2007 testete die chinesische Regierung eine ballistische Anti-Satellitenrakete (ASAT), die einen alten eigenen Wettersatelliten zerstörte. Mit hoher Geschwindigkeit wurde eine kinetische Waffe gestartet und von der Erde aus auf Kollisionskurs mit Feng Yun 1-C gebracht. Der Test löste international Sorge über die potentielle Bewaffnung des Weltraums aus.

Zwar wird der Weltraum von den Militärs schon vielfach zur Kriegsführung genutzt, aber bisher hat kein Land Waffen für die Zerstörung von Satelliten stationiert, weder im Weltraum selbst, noch auf der Erde. China ist jedoch keineswegs das erste oder einzige Land, das solche Forschung und Entwicklung durchführt.

Nicht die einzigen

Die USA und Sowjetunion haben bereits ähnliche Tests mit Aufprallwaffen durchgeführt. 1997 testeten die USA dann ihre landgestützte Laserwaffe Mid Infrared Advanced Chemical Laser (MIRACL) gegen einen US-Satelliten. Außerdem könnte das Raketenabwehrsystem, das gegenwärtig durch die USA entwickelt und stationiert wird, leicht für Anti-Satelliten-Zwecke eingesetzt werden.

Ärger mit den anderen

Die USA fühlen sich herausgefordert. Die militärischen Satelliten der USA bewegen sich auf der gleichen Höhe wie der abgeschossene chinesische Wetter-Satellit. In der neuen Weltraumstrategie behält sich die USA selbst das Recht der völligen Handlungsfreiheit im All vor. (FreiRaum 4/2006) Mit dem Test hat China das von den USA beanspruchte Monopol auf Herrschaft im Weltraum gebrochen. Indien und Japan kritisierten den Test. Überlegungen zu Schutzmaßnahmen wie die Mitwirkung an der Raketenabwehr der USA werden diskutiert.

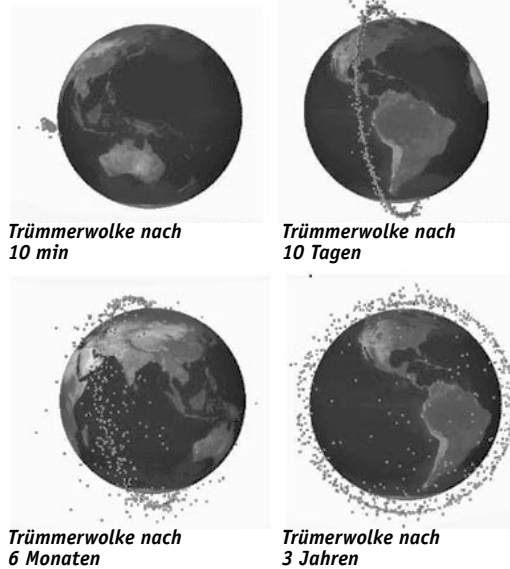
Ärger mit dem Müll

Der Test fand statt in einer Höhe von 850 km. Durch die Wucht des Zusammenpralls zerbarst Feng Yun 1-C in unzählige einzelne Trümmerstücke. Bis zum 2. Februar hatte das US Weltraumüberwachungsnetzwerk bereits mehr als 600 neue Bruchstücke registriert.

Die Menge des Weltraummülls in dieser Höhe wird durch den Test für die Dauer von mindestens 5 Jahren verdoppelt. Dort wird er für die erste Zeit bleiben und sich langsam verteilen, so dass er eine Gefahr für alle Satelliten darstellt.

Doch das ist nicht das Hauptproblem, denn die Gefahr steigt nur minimal. Die Gefahr liegt in mehrfachen Tests oder wenn durch den Test andere Nationen ermuntert werden, ähnliche Waffen zu erproben.

Mehr Sorgen macht Dave Wrigth von der Union of Concerned Scientists, dass das Verhältnis



Quelle: Wang Ting and David Wright, www.ucsusa.org/global_security/space_weapons/debris-from-chinas-asat-test.html

der USA zu China sich verhärten könnte, vor allem weil die USA die Hintergründe für den Test nicht kennen. Das erschwere die Kooperation und das gegenseitige Verständnis.

Ärger untereinander

Der Test war in China selbst zwischen Militär, Raumfahrtbehörde und den betroffenen Ministerien nicht ausreichend abgestimmt. Die Machtdemonstration, welche möglicherweise die Militärs wollten, ist kontraproduktiv für das Eintreten der chinesischen Diplomaten für eine friedliche Nutzung des Weltraums. Der Weltraumschrott verursacht zusätzlichen internen Ärger, wie das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space erfahren hat.

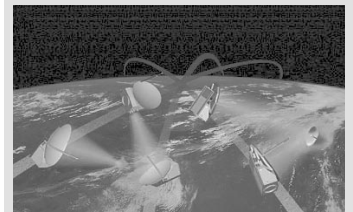
Für eine friedliche Nutzung

Der Weltraumvertrag (1967) verbietet zwar das Stationieren von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen im Weltraum, es gibt aber kein spezifisches Verbot der Stationierung und Nutzung konventioneller Waffen im Weltraum.

Es wurde deshalb bei den Vereinten Nationen wiederholt eingefordert, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern. Auch China hat dies auf verschiedene Weise unterstützt, unter anderem bei der Verabschiedung einer Resolution zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum durch die Generalversammlung der UNO. Die USA sind der einzige Gegner dieser Resolution; Israel enthält sich.

Gegen die Militarisierung des Weltraums wurde auch auf der Ebene von Kommunalregierungen gesetzgeberisch vorgegangen. Die Stadtverwaltungen von Berkeley, Kalifornien und Vancouver haben ein lokales Gesetz verabschiedet, das den Vertragsentwurf für den Schutz des Weltraums befürwortet.

wsh ●



„SAR-Lupe“: Deutschlands erster Spionagesatellit

Der erste SAR-Lupe - Satellit hat im Januar die ersten hochauflösten Radarbilder zur Bodenstation im rheinland-pfälzischen Grafschaft-Geldorf bei Bonn gesendet. Er wurde im russischen Plesetsk gestartet. Ihm sollen vier weitere folgen. Federführend beim Bau ist die Bremer Firma „Orbitale Hochtechnologie AG“ (OHB). Das Satellitensystem SAR-Lupe kann gezielt jeden Ort auf der Erde mit einer licht- und wetterunabhängigen Radartechnik „ausspionieren“. Objekte von einem halben Meter Größe werden so für die deutschen Militärs aus dem All identifizierbar. Mit dem 733 Millionen Euro Projekt steigt Deutschland selbst in die militärische Nutzung des Weltraums ein.

SAR-Lupe wurde vom Verteidigungsministerium (BMV) und dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Auftrag gegeben und untersteht der Bundeswehr. Die neu gegründete „Abteilung satellitengestützte Aufklärung“ (Abt SGA) des Kommando Strategische Aufklärung (KdoStratAufkl) betreibt die Bodenstation. Die Sollstärke dieser Abteilung beträgt 31 Offiziere, 39 Unteroffiziere und 23 zivile Mitarbeiter.



Vom Raumfahrtkontrollzentrum des deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) im westlich von München gelegenen Oberpfaffenhofen werden die Satelliten in ihre Umlaufbahn gesteuert. Prof. Dr. Klaus Wittman vom DLR fasst bereits jetzt eine weitere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ins Auge.

wsh ●



Vorsichtige Abzugsforderung

Am 10. November 2006 verabschiedete der Bundestag die Resolution 16/3296 im Rahmen der Vorbereitung auf das NATO Gipfeltreffen am 28. und 29. November in Riga. Die Resolution, die von den Regierungsparteien CDU und SPD eingebracht wurde, enthält Vorschläge zu einer Reihe von Themen wie nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung. Besonders verlangte sie von der Regierung, dass:

„... neben den Bemühungen der letzten Jahre neue Initiativen zur Rüstungskontrolle ergriffen werden, um der Proliferation von Massenvernichtungswaffen wirksam vorzubeugen. In diesem Zusammenhang wären neue Impulse zur Reduzierung substrategischer Nuklearwaffen in Europa seitens der NATO sinnvoll. Dies würde auch einen wichtigen Impuls zur Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes geben.“

Dies ist das erste Mal, dass der Bundestag eine Resolution verabschiedete, die gezielt die NATO auffordert, taktische Waffen in Europa zu reduzieren. Allerdings stimmte der Bundestag gegen eine weitergehende Resolution, die von der Partei Die Linke/PDS eingebracht wurde. In dieser Resolution wurde die Regierung aufgefordert, „sich für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen im Rahmen der NATO wie auch für die Beendigung des Systems der Nuklearen Teilhabe einzusetzen“.

Aus dem Rundbrief des Parlamentarischen Netzwerks für nukleare Abrüstung, PNND.

<http://dip.bundestag.de/btd/16/032/1603296.pdf>

wsh ●

US-Abwehrraketen in Osteuropa:

technisch unzuverlässig, sicherheitspolitisch unnützlich, friedenspolitisch beunruhigend

Scharfe Auseinandersetzungen um die künftige Weltordnung dominierten die diesjährige Sicherheitskonferenz in München. Im Mittelpunkt stand die Rede Wladimir Putins. Der russische Präsident ist verärgert über die Pläne, das US-Raketenabwehr-System auch in Osteuropa zu stationieren.

Nachdem Präsident Bush nicht nur in Alaska und Kalifornien, sondern auch in Osteuropa Abwehrraketen stationieren will, wird Russlands Protest wieder lauter. Putin machte in München deutlich, dass die geplante Stationierung von US-Abwehrraketen in Tschechien und einer dazugehörigen Radarstation in Polen für Russland ein Affront ist. Er kritisierte darüber hinaus die Völkerrechtsmissachtung der USA und ihren einseitigen Anspruch auf weltweite Dominanz, den sie mit kriegerischer Gewalt umsetzen.

Ärger berechtigt

Die Abwehrraketen auf europäischem Boden haben laut Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) ausschließlich die Funktion, amerikanisches Territorium vor Langstreckenraketen aus dem Nahen und Mittleren Osten zu schützen. Sie könnten theoretisch auch noch ein paar russische Langstreckenraketen abfangen.

Mit der geplanten Stationierung würden die USA das Versprechen brechen, keine strategischen militärischen Anlagen näher an die russischen Außengrenzen heranzubringen, das man bei der Osterweiterung der NATO den Russen gegeben hatte.

Auf der Sicherheitskonferenz 2002 hatten die europäischen Staaten ihre Kritik an den Raketenabwehrplänen geäußert. Sie beschränkten sich jedoch auf Teilaspekte. So kritisierten sie, dass der Schutzschirm der National Missile Defense nur die USA und nicht ihre Verbündeten schützen würde. George Bush strich daraufhin das „national“, nannte das Projekt nur noch Missile Defense und trieb es weiter voran. Diesmal blieb der Widerspruch aus. Die Medien kritisierten eher Putins starke Kritik an den USA. Es scheint vergessen, dass die USA den ABM-Vertrag einseitig aufkündigten, um ihre Raketenabwehr aufbauen zu können.

Erste Abwehrraketen wurden in Alaska und Kalifornien stationiert. Jetzt soll es eine dritte Stellung geben. Auch sie ist rein US-amerikanisch.

Otfried Nassauer hat herausgefunden, dass die Tschechen und die Polen die Stationierungsorte zum extraterritorialen Gebiet erklären sollen.

Mehr Schaden als Nutzen

Von technischer Seite bringt das System keine Sicherheit. Noch immer scheitern Tests reihenweise. Politisch schafft es neue Spannungen und treibt das Wettrüsten an. Nassauers Bilanz: „Da werden Milliarden investiert für etwas, wo noch nicht klar ist, ob es die Bedrohung, gegen die es errichtet wird, je geben wird, und auch noch nicht klar ist, ob denn dieses System je funktionieren wird.“

Aber der friedenspolitische Schaden wächst. Es ist nicht bei Putins Rede in München geblieben. Schon hat der Leiter des russischen Generalstabs General Yuri Baluyevsky gedroht, Russland könnte den INF-Vertrag kündigen. Damit gerät der erste wirkliche nukleare Abrüstungsvertrag durch die Raketenabwehr in Gefahr.

In diplomatischen Kreisen herrscht die Hoffnung, dass dies alles nur Donner ist, um gegenüber dem Nachfolger von Präsident Bush eine bessere Verhandlungsposition zu haben. Doch das kann eine trügerische Hoffnung sein. Das Global

Network wird sich auf seiner Jahrestagung in Darmstadt mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen und Gegenstrategien entwerfen, um Protest gegen den Dominanzanspruch der USA zu entwickeln und Wege zu einer kooperativen, friedlichen Weltraumnutzung aufzuzeigen.

wsh ●

Die vollständige Rede Putins finden sie unter:

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html

Zwei Interviews mit Otfried Nassauer zur Frage der Raketenabwehr finden Sie unter:

<http://www.bits.de/public/interviews/irib200207.htm>
- mit dem Iranischen Rundfunk

<http://www.bits.de/public/interviews/dlf190207.htm>
- mit dem Deutschlandfunk.

Werden bald in Osteuropa US-Abwehrraketen aufgebaut?





Forum Globaler Fragen
Bild wsh

Abrüstung anstoßen!

Die Bundesregierung muss noch lernen, vor der eigenen Tür zu kehren.

Noch eine gescheiterte Überprüfungs-konferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages wie die von 2005 kann sich die Welt nicht leisten. In Wien beginnt Ende April die nächste Runde mit der ersten PrepCom für die Überprüfungs-konferenz 2010.

Die diplomatischen Vorbereitungen laufen bereits. Deutschland hat in der ersten Jahreshälfte den EU- und den G8-Vorsitz. Diese beiden Positionen will der Außenminister nutzen, um Anstöße zur Abrüstung zu geben. Doch er gibt sie bisher nur für andere.

Wiederholte Appelle an die Atommächte

Schon letztes Jahr veröffentlichte Steinmeier mit seinem norwegischen Amtskollegen Gahr-Støre in der Frankfurter Rundschau einen gemeinsamen Artikel. Sie appellierten an die Kernwaffenstaaten, insbesondere Russland und die Vereinigten Staaten, sie sollten „ihrer Verantwortung gerecht werden und sich zu weiteren Verhandlungen über die strategischen Kernwaffen bereit erklären“. Sie schlugen ein Anschlussabkommen zum Start-1-Vertrag vor, der 2009 ausläuft.

Auf der Sicherheitskonferenz in München erklärte SPD-Parteichef Beck: „Wir wollen Abrüstung wieder auf die internationale Tagesordnung setzen.“ Der SPD-Außenminister wandte sich dort an seinen US-Kollegen und verwies ihn auf den Artikel von George Shultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn im „Wall Street Journal“ und deren Forderung nach einem Gleichgewicht von Nichtverbreitung und nuklearer Abrüstung. Mehr nicht.

Jetzt Anfang März suchte das Auswärtige Amt über das Forum Globale Fragen den Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Namhafte Abrüstungsexperten wie Hans Blix und Douglas Roche saßen mit Politikern auf dem Podium und diskutierten mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen.

Eigene Möglichkeiten nicht ausblenden

Aber so erfreulich das Werben für nukleare Abrüstung ist, so ärgerlich ist, dass das Thema nukleare Teilhabe nicht auf der Tagesordnung stand. Es musste aus dem Plenum angesprochen werden.

Beim globalen Forum in Berlin waren sich alle einig in der alarmierenden Situationsanalyse. Was die Änderungsmöglichkeiten angeht, war ein verhaltener Optimismus zu spüren. Er nährt sich aus der Hoffnung, dass mit dem Ende der Präsidentschaft Bushs ein Wechsel in der US-Außenpolitik möglich wird. Dafür sollen schon jetzt die Handlungsmöglichkeiten vorbereitet werden.

Schritt um Schritt

Die Vertreter des Auswärtigen Amtes formulieren einzelne aus ihrer Sicht nötige und machbare Schritte. Dabei werden ganz vorne immer wieder die Ratifizierung des Atomteststoppvertrages CTBT und das Abkommen über das Verbot der Produktion von Kernwaffenmaterialien FMCT genannt, sowie eine internationale Kontrolle über die Urananreicherung.

Neue Zusammenschlüsse

Ein weiterer Ansatz, um Bewegung in den Überprüfungsprozess zu bringen, ist die Veränderung der Staatengruppierungen. Vorgeschlagen wurde, die aus Zeiten des Kalten Krieges stammende Aufteilung in westliche, östliche und blockfreie Staaten aufzugeben und Verhandlungsgruppen neu aufzuteilen nach gegenwärtigen Interessenlagen, wie Atomwaffenstaaten, Staaten aus atomwaffenfreien Zonen sowie Staaten, die ein Militärbündnis mit einem Atomwaffenstaat haben.

Vor der eigenen Tür kehren

Der Hinweis, dass über die taktischen Atomwaffen verhandelt werden muss, taucht immer wieder auf, aber die Forderungen und Hinweise werden nur an die Atommächte gerichtet, die nukleare Teilhabe Deutschlands wird dabei nicht erwähnt.

Gernot Erler erklärte dies damit, dass in der Bundesregierung dazu keine Einigkeit besteht. Weder für den Koalitionsvertrag noch für das Weißbuch konnte ein Kompromiss über das Ende der nuklearen Teilhabe gefunden werden.

Wie bei der letzten Überprüfungs-konferenz als der Grüne Außenminister Fischer und der SPD-Verteidigungsminister Struck Nachhilfe durch den FDP-Antrag erhielten, um die nukleare Teilhabe zu problematisieren, braucht auch die jetzige Bundesregierung Anstöße von außen. Die Friedensbewegung muss ihr Druck machen.

wsh ●

Krieg gen den Iran?

Der Iran hat seine Urananreicherung nicht eingestellt. Die besorgten Stimmen mehren sich. Zwei US-Flugzeugträger sind bereits vor Irans Küsten stationiert, ein dritter ist unterwegs. Es gibt so genug Waffen für einen Angriff und im Süden Iraks Patriot-Raketen zum Schutz der US-Kriegsschiffe vor iranischen Raketen. „Für einen Irankrieg ist alles vorbereitet“ zu diesem Schluss kommt Andreas Zumach. Doch die Frage: „Wollen die USA einen Krieg gegen Iran?“, lässt sich für ihn seriös (noch) nicht eindeutig mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten.

Unterschiedliche Lager

Zahlreiche US-Regierungspolitiker wollen einen Regimewechsel in Teheran, um den Iran ins „westliche Lager“ zurückzuziehen. Allerdings über den Weg dahin gibt es zwei Lager. Dem State Department und der CIA reichen politischer und wirtschaftlicher Druck. US-Vizepräsident Richard Cheney und die Luftwaffenkommandeure, halten einen Krieg für unerlässlich. Operationspläne für einen mehrwöchigen Luftkrieg wurden Anfang dieses Jahres vom Obersten Kommando der Luftwaffe in Florida abgesegnet. Sie sehen ausdrücklich die Zerstörung unterirdischer Anlagen mit nuklearen „bunker busters“ vor. 10.000 Angriffsziele wurden identifiziert, nicht nur die Nuklearanlagen Irans. Die Zerstörung zentraler Bereiche der zivilen Infrastruktur soll das iranische Volk zum Sturz der Regierung in Teheran bewegen.

Unterschiedliche Szenarien

Zumach identifiziert drei Kriegsszenarien:

1. Massive Luftschnitte der USA, begründet mit dem iranischen Atomprogramm sowie mit der (angeblichen) iranischen Unterstützung der US-feindlichen Kräfte im Irak.
2. Ein israelisches Bombardement, als Akt der Selbstverteidigung gegen die atomare Bedrohung. Auf Irans Gegenwehr greifen die USA „zur Verteidigung“ Israels ein.
3. Die Bush-Regierung schafft einen Vorwand nach Art der „Tonking“-Lüge von 1964.

Den Widerstand stärken

Der innenpolitische Widerstand der Demokraten in den USA gegen einen Irankrieg ist schwach. Auch der von den europäischen Regierungen. Bush erfährt - anders als vor dem Irakkrieg - zumindest bislang keinen entschiedenen Widerspruch. Das muss sich ändern. Wir sollten handeln! Öffentlichkeit herstellen und Protestveranstaltungen organisieren!

wsh ●



Buddha weint in Jadugoda Uran-Unfall in Indien

1974 nannte die indische Regierung ihren ersten Atomtest „Smiling Buddha“. 1999 zeigte der indische Regisseur und Aktivist Shriprakash in seinem Film „Buddha weeps at Jadugoda“ (Buddha weint in Jadugoda), unter welchen Umständen Menschen in und um die Uranminen Indiens radioaktiven Stoffen ausgesetzt sind.

Am 24. Dezember 2006 brach ein Rohr im Dorf Dugridih nahe der Uranmine von Jadugoda, mit dem hochgiftigen und radioaktiven Abfallmaterial von den Uranminen in ein Lagerbecken befördert wird. Der giftige Schlamm ergoss sich in einen Bach, der Brauchwasserquelle für die Menschen an dessen Lauf ist. Dass der Unfall schnell entdeckt wurde, ist den Dorfbewohnern zu verdanken – die Betreiberfirma Uranium Company of India Limited (UCIL) stoppte den Austritt des Schlammes erst nach 9 Stunden auf Hinweis der Dorfbewohner. Lokale Auswirkungen (Sterben von Wassertieren) sind bereits zu sehen, die verantwortliche Firma hat jedoch weder einen konkreten, ganzheitlichen Plan zur Untersuchung des Vorfalls und seiner Auswirkungen, noch für die Dekontaminierung und Entschädigung. Wie so oft sind es auch hier zumeist sog. „Adivasi“, Ureinwohner, die in den Uranminen arbeiten, in der Region wohnen und somit Leidtragende solcher Vorfälle sind. Die Menschen in Dugridih sind zudem Vertriebene des Projekts, sie wurden wegen der Anlage der Teiche, in denen die giftigen Schlämme gelagert werden, umgesiedelt.

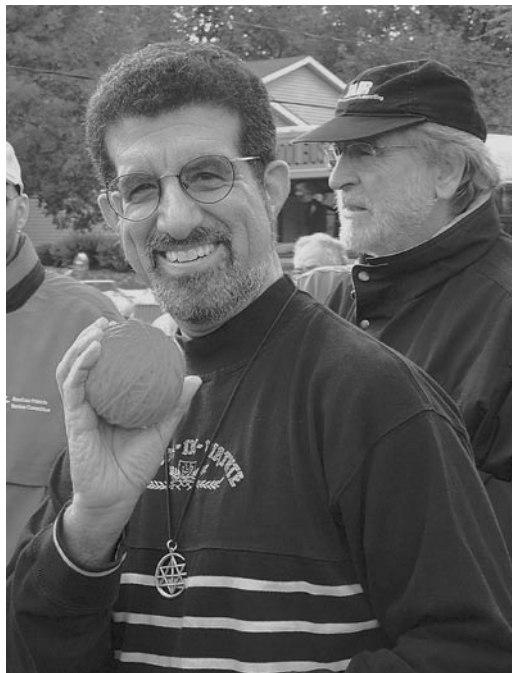
Unter www.jadugoda.net kann man eine Petition an die Firma UCIL und die indische Regierung unterzeichnen. Hierzu ruft die FreiRaum-Redaktion in Solidarität mit den Menschen um Dugridih und Jadugoda auf. **jk ●**



Simon Harak kommt wieder

Hautnahe Informationen aus der US-Friedensbewegung

Simon Harak ist katholischer Priester, Professor für theologische Ethik und eine der bekanntesten geistlichen Persönlichkeiten der US-Friedensbewegung. Er ist Mitbegründer der US-Organisation Voices in the Wilderness, die für ihre Arbeit gegen die über den Irak verhängten Sanktionen mehrfach für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde. Er selbst brachte Medizin in den Irak und erhielt für seine Friedensarbeit zwei Auszeichnungen in den USA von Pax Christi. Als Koordinator arbeitete er für die „War Resister League“ - WRL (Liga der KriegsgegnerInnen). Im Sommer 2006 war er zweimal zu Vortragsreisen in Deutschland unterwegs.



Simon Harak bei dem Protest gegen Alliant Tech System

Dieses Jahr, vom 26. Juli bis 8. August, plant die GAAA erneut eine 14-tägige Rundreise mit Simon. Hierfür suchen wir interessierte Gruppen, die jeweils eine Veranstaltung vor Ort organisieren und die entstehenden Kosten anteilig übernehmen (es muss mit zirka 300 Euro gerechnet werden). Simon trägt in englischer Sprache eine ins Deutsche übersetzte Powerpoint-Präsentation vor und wird dabei von Marion Küpker, die ihn auch während der Reise begleitet, übersetzt.



Im Vortrag wird der Frage nachgegangen, wer beim aktuellen „Krieg gegen Terror“ gewinnt und wer verliert. Das US-Militärbudget beträgt aktuell jährlich etwa \$ 500 Milliarden. Simon Harak wird konkret belegen, wie führende US-Regierungsvertreter mit den Rüstungskonzernen eins sind. Am Beispiel Irak wird er zeigen, an wen und unter welchen Bedingungen Wirtschaftsaufträge vergeben werden und wie damit Wucherprofite erzielt werden. Zum Beispiel organisieren mittlerweile 20.000 Söldner die Besetzung des Iraks. Die Washington Post nennt sie „die größte Privatarmee der Welt.“ Ein weiterer Aspekt des Vortrages ist die globale Gleichschaltung der Medien durch PR Firmen.

Simon Harak berichtet weiterhin über aktuelle Bestrebungen der US-Friedensbewegung. Im Sept./Okt. 2006 organisierte er für die WRL gemeinsam mit Alliant Action und anderen Gruppen aus Minneapolis die „Stoppt die Händler des Todes“-Konferenz in Minneapolis St. Paul, in der 37 Grasswurzel-Organisationen Visionen zur Gründung eines nationalen Netzwerkes gegen kriegsführende- und kriegsprofitierende Konzerne teilten und Strategien ausarbeiteten.

Die Konferenz erreichte ihren Höhepunkt zur



Singen mit Utah Phillips

Feier von Ghandi's Geburtstag. 78 Menschen versuchten, dem Geschäftsführer von Alliant Tech System (Herstellung von Cluster Bomben und Munition aus abgereichertem Uran), Daniel J. Murphy, eine Vorladung zu überreichen. Hierfür wurden sie verhaftet. Viele Persönlichkeiten, u.a. Winona LaDuke, Frida Berrigan und der Musiker Utah Phillips nahmen vollständig an den Konferenz-Workshops und -Aktivitäten teil siehe auch: www.warresisters.org/smod/smod_hp.shtml.

Wer die trotz der Sommerpause immer sehr gut besuchten Veranstaltungen mit Simon Harak im letzten Sommer erlebt hat, wird ihn sicher wärmstens weiter empfehlen. Simon hält auch Predigten in Kirchen und für kleinere Glaubensgruppen.

Für mehr Infos und bei Interesse an einer Veranstaltung mit Simon Harak meldet Euch bitte bei Marion Küpker: Tel. 040-4307332, mariongaaa@gmx.de **mk ●**

Protestzug zu Alliant Tech System



Ein kreatives Trio

„Wie hat Julia das alles nur geschafft?“ fragen Silvia und Luzia verblüfft nach dem ersten gemeinsamen Wochenende in der Pressehütte Mutlangen. Die beiden jungen Frauen sind die neuen Mitarbeiterinnen, die jetzt die Jugendarbeit der Pressehütte übernehmen sollen. Julia ist dabei, sie gründlich einzuarbeiten.

Julia Kramer ist seit Ende 2003 Mitarbeiterin der Pressehütte Mutlangen und hat unsere Jugendarbeit erst so richtig in Schwung gebracht. Es ist wirklich erstaunlich, was Julia in diesen gut drei Jahren auf die Beine gestellt hat.

An erster Stelle zu nennen sind die Aktions- und Studienreisen zur UNO nach New York und nach Wien. An der Wienreise habe ich selbst teilgenommen und dabei erlebt, wie ansteckend Julias Engagement und Schwung auf die Jugendlichen wirken. Besonders wichtig ist ihr dabei, dass die jungen Menschen ihre eigenen Aktionsformen ausprobieren und finden können. Selbstverständlich gibt es zuvor eine gründliche Sachinformation und eine Einführung in die Lobbyarbeit. Das motiviert, eigenständig an der Problematik weiter zu arbeiten.

Das Scheitern der Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag im Jahr 2005 hat bei Julia nicht zur Resignation geführt, sondern zur Initiative, das europäische Jugendnetzwerk BANG zur Abschaffung der Atomwaffen zu gründen. Dabei kommen ihr natürlich ihre perfekten Englischkenntnisse zu Gute, aber auch ihre Kreativität und interkulturelle Kompetenz. Die konnte sie auch bei der Betreuung unserer jährlichen internationalen Workcamps mit großem Erfolg einbringen.

Noch Einiges wäre aufzuzählen: Vorträge und Seminare, Lobbyarbeit mit Bürgermeistern und Abgeordneten, die Betreuung unserer Homepage. Viel Frustrationstoleranz braucht Julia bei der Herstellung der DVD „Genie in the Bottle“, wo es immer neue Verzögerungen und Schwierigkeiten mit der Technik gibt. Aber wie ich Julia kenne, schafft sie auch dieses Problem.

Nun möchte sie etwas Neues anfangen: Der Trägerkreis Atomwaffen abschaffen will ein Bildungsprojekt für Schulen und freie Jugendarbeit initiieren, um das Basiswissen über Atomwaffen unter Jugendlichen zu verbessern. Julia soll dieses Projekt koordinieren und reali-

sieren. Das bedeutet, dass sie die Jugendarbeit in Mutlangen in jüngere Hände legt: in die von Silvia und Luzia.



Silvia Bopp wohnt in Alldorf gleich neben Mutlangen. Sie ist Jugend- und Heimerzieherin und vor allem ein äußerst kreativer Mensch. Zur Zeit arbeitet sie nicht in ihrem Beruf, um genügend Zeit für künstlerische Projekte zu haben. Eine

Gelegenheit, diese Fähigkeiten anzuwenden, bietet sich ihr in unserem nächsten Workcamp. Dessen Teilnehmende sollen die ehemaligen Bunker des Pershing-Depots bemalen. Die Bunker bilden den Abschluss des von der Gemeinde Mutlangen geplanten historischen Pfades. Schon zuvor wird sich Silvia aktiv bei der Jugend-Aktionsreise „Vienna 007“ einbringen.



Luzia Gündner wird von Berlin aus auf Honorarbasis vor allem unsere internationalen Projekte betreuen wie z.B. die Koordination von BANG, auch die im Sommer geplante BANG-Blockade in Faslane. Ihr Interesse für Frieden, Gewaltfreiheit und Abrüstung hat sie dazu gebracht, Politik zu studieren. Beim internationalen Versöhnungsbund ist sie im Vorstand. Die moderne Technik macht es möglich, dass sie weiterhin in Berlin wohnen kann und leider nur ab und zu persönlich unser Mutlanger Team mit ihrem offenen, freundlichen Wesen bereichern wird.

Lotte Rodi ●

Karlsruhe: Mayor not for Peace !

Nachdem wir im Frühjahr 05 festgestellt hatten, dass Karlsruhe in der Liste der „Mayors for Peace“-Städte noch fehlte, schrieben wir von der DFG-VK und vom Friedensbündnis Karlsruhe alle Gemeinderatsfraktionen an und baten sie, in dieser Angelegenheit initiativ zu werden. Die SPD beantragte daraufhin, dass sich Karlsruhe auch den „Bürgermeistern für den Frieden“ anschließen soll. Im Gemeinderat stimmte im Juni 05 eine Mehrheit für diesen Antrag, aber der Karlsruher OB Heinz Fenrich (CDU) lehnte die Unterzeichnung ab. Am Hiroshima-Tag 05 starteten wir eine Unterschriften-Kampagne, mit der wir erreichen wollten, dass sich Karlsruhe dieser internationalen Initiative zur Abschaffung der Atomwaffen auch anschließt. Die Resonanz war recht erfreulich und die lokalen Medien berichteten ausführlich über unsere Aktion.

Trotz ja des Gemeinderats: Der Bürgermeister sagt nein

Als im März 06 die Stadt Karlsruhe anlässlich einer Veranstaltung mit El Baradei einen Empfang gab, unternahmen wir einen weiteren Anlauf. Wir forderten OB Fenrich anlässlich dieses Ereignisses dazu auf, seine ablehnende Haltung zu revidieren und bei dem Festakt bekannt zu geben, dass sich Karlsruhe ebenfalls der Initiative anschließt. Nächste Phase unserer Kampagne: wir mischten uns in den Karlsruher OB-Wahlkampf mit mehreren Infoständen und Flugblatt-Aktionen ein. Bei einer Veranstaltung kam es sogar zur direkten Konfrontation mit Fenrich, der persönlich intervenierte und uns das Flugblatt-Verteilen verbot, was wir aber nicht befolgten. Fenrich wurde zwar wieder gewählt, aber vielleicht haben wir mit dazu beigetragen, dass nicht einmal 20 % der stimmberechtigten BürgerInnen Karlsruhes für ihn votierten. Unseren Brief wegen der Übergabe der insgesamt 1640 Unterschriften hat er zwar beantwortet und darin versucht zu begründen, warum er nicht zur Unterschrift bereit ist. Aber einen Termin für ein Gespräch hat er uns bis heute noch nicht genannt. Wir werden auf jeden Fall dran bleiben und weiterhin diesen Makel thematisieren, dass sich Karlsruhe „dank“ seines störrischen OBs dieser Friedens-Initiative noch immer nicht angeschlossen hat.

Uli Thiel ●

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2200

Herausgeber:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
Hausmannstrasse 6
70188 Stuttgart
Tel. 07 11 - 21 55 112
Fax 07 11 - 21 55 214
Internationales
Marion Küpker
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnament:
Euro 12.-€ plus Porto

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindung:
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte -
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010
für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:
Roland Blach (rob)
Tel. 07 11 - 21 55 112
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de
Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: mariongaaa@gmx.de
Julia Kramer (jk)
Tel. 0711/6337776
e-mail: j.kramer@gmx.de
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db
Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

28./29.März

Faslane, Schottland: Deutsche Beteiligung an der einjährigen Blockade „Faslane 365“, gegen eine Erneuerung des britischen Atomwaffenprogramms Trident. Kontakt: Stephanie Astner, faslane365@gmx.de; www.faslane365.org

7. April

Ramstein/Landstuhl: (geplant) Ostermarsch „Deutschland Atomwaffenfrei“ - Beginn: 12 Uhr, am Parkplatz vor dem Westtor der Air Base Ramstein; ca. 13.30 Uhr, Abschlußkundgebung, Lothar-Sander-Platz (vor Stadthalle) in Landstuhl, VA: Friedensinitiative Westpfalz(FIW)

Kontakt: Friedensinitiative Westpfalz (FIW), Detlev Besier, Tel.: 0170/4155288; Annette Dietrich Tel.: 0172/1357105,

Friedensinitiative@gmx.de, <http://www.friedensinitiative-westpfalz.de>

9. April

Berlin: Berliner Ostermarsch 2007 „Atomwaffen weltweit abschaffen - bei uns anfangen! Bundeswehreinätze im Ausland beenden! Abrüstung statt Sozialabbau!“, Auftakt: 12 Uhr, Abschlußveranstaltung: (gegen) 14 Uhr, VA: Friedenskoordinations (Friko) Berlin

Kontakt: Berliner FriKo, Jutta Kausch, Feilnerstr. 2a, 10969 Berlin, Tel.: 030/2511297, frikomail@freenet.de, <http://www.friko-berlin.de>

30. April - 12. Mai

Wien: (geplant) NPT Review Konferenz 2007 (Vorbereitungskonferenz zur Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrag vom Atomwaffen 2007), Infos der NGO „Reaching Critical“:

<http://www.reachingcriticalwill.org/legal/npt/2007index.html>, VA:UN

Kontakt: UN Department for Disarmament Affairs, Sari Nurro, WMD Branch, New York, nurro@un.org, <http://disarmament2.un.org/wmd/npt/>

Vienna 007 - Lizenz zum Abrüsten: Jugendaktionsreise der Friedenswerkstatt Mutlangen, www.pressehuette.de Kontakt: Hannah Buchter, hansch11@gmx.de

1. Juni

Kyritz-Ruppiner Heide: Aktionstag „Von der Heide zum Strand: Aktionstag am Bombodrom in der

Kyritz-Ruppiner Heide“, Vorläufige Besiedelung des geplanten Bombenabwurfplatzes mit nachgebauten Zielpyramiden unter dem Motto „jedes Ziel ein Zuhause“ - Der Aktionstag wird vorbereitet von einem Bündnis lokaler und überregionaler Gruppen. Voraussichtlich soll es ab 2.6. ein Camp geben, Montag (für Auswärtige) und Dienstag (für Einheimische) dann Busse nach Rostock zur Teilnahme an den Aktionen am Flughafen Laage (Infos zum Bombodrom und Widerstand bei: <http://www.freieheide.de>, <http://www.resistnow.freieheide-nb.de>)

Kontakt: „Sichelschmiede“, Tel.: 033964/60868 (Es gibt noch keine gemeinsame Kontaktadresse, die Sichelschmiede ist eine der am Bündnis beteiligten Gruppen.), g8undkrieg@so36.net, <http://www.g8andwar.de>

2. Juni

Rostock: (große, internationale) Demonstration „Eine andere Welt ist möglich“ gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, Auftakt(e): 12 Uhr; 13 Uhr Start der Demozüge, ab 16 Uhr Abschlußkundgebung in der Rostocker Innenstadt, VA: G8-NGO-Plattform Kontakt: Demo-AG des G8-Vorbereitungskreises, Tel.: 0228/692904, Fax: 0228/692906, office@heiligendamm2007.de, <http://www.heiligendamm2007.de>

5.-7. Juni

Rostock: Internationaler G8-Alternativkongress „Es geht auch anders: Ein Gipfel der Alternativen“ zum G8-Treffen in Heiligendamm, (5.6.) 17 Uhr bis (07.06.) 13 Uhr, darüber hinaus sind mehrere Satelliten-Veranstaltungen zu spezifischen Themen geplant, VA: G8-NGO-Plattform - G-8-Alternativgipfel

Kontakt: AG Alternativgipfel c/o WEED, Florian Butollo, Tel. 030/280418-1, Fax: 030/27596928, Florian.butollo@weed-online.org, <http://www.g8-alternative-summit.org>

26.-30. Juli

Faslane, Schottland: BANG Summer School und Next Generation Blockade am Atomwaffenlager Faslane. Bitte Puppen/Kuscheltiere/Spielsachen mitbringen oder mitschicken! Weitere Informationen: www.BANG-europe.org, Kontakt: Julia Kramer, jkkramer@gmx.net, Luzia Gündner, luzia.guendner@pressehuette.de

Mitarbeiter gesucht

Der FreiRaum sucht eine/n Mitarbeiter/in der Kunden für Anzeigen und Beilagen wirbt, damit die Finanzierung des FreiRaums auf festen Füßen steht. Adressen von Ansprechpartnern werden zur Verfügung gestellt. Bewerbungen an Wolfgang Schlupp-Hauck, redaktion@pressehuette.de,

07171 18 20 58